

8. Dezember  
9/2022

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Regierungserklärung zu Aktuelle Situation der Energieversorgung +++ Arbeitslose Akademiker im Fokus +++ Infrastrukturpauschale aufstocken +++ Wohngeld digital beantragen +++ Kooperation im Ostseeraum mehr gebraucht denn je +++ Gedenken 9. November +++ Jugend im Landtag 2022 +++



3 - 27	AUS DEM PLENUM	
3	Regierungserklärung	“Aktuelle Situation der Energieversorgung”
5 - 13	Auszüge aus der Originaldebatte	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Nikolaus Kramer (AfD), Franz-Robert Liskow (CDU), René Domke (FDP), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Julian Barlen (SPD)
13 - 21	Berichte	Arbeitslose Akademiker im Fokus Förderungen für ländlichen Raum sollen gekürzt werden Infrastrukturpauschale aufstocken Kein Heizungstausch Nachwuchs gesucht Wohngeld digital beantragen
22 - 25	Befragung der Landesregierung	
26 - 27	Meldungen	Kooperation im Ostseeraum mehr gebraucht denn je Die Europäische Union ist ein großes Friedensprojekt Rundfunkstaatsverträge werden nicht gekündigt Kitas werden personell besser ausgestattet Keine weiteren Regelungen zum Parlamensinformationsgesetz
28 - 29	Gesetzgebung	
30 - 32	Ausschüsse	Vor-Ort-Termin des Finanzausschusses Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ Expertengespräch zur Hortplatzversorgung
33 - 38	Panorama	Gedenken 9. November Jugend im Landtag 2022 Volkstrauertag
39	Zeitplan 2023	
40	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:**  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Anna-Maria Leistner  
 Referatsleiter: Julien Radloff

**Layout:** Uwe Sinnecker

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.  
 Redaktionsschluss: 30.11.2022





Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während der Regierungserklärung am 9. November

Foto: Uwe Sinnecker

## Aktuelle Situation der Energieversorgung

Lebhafte Debatte zu Regierungserklärung

■ **Kaum ein Thema beschäftigt die Menschen in MV zur Zeit so sehr wie die gefährdete Energieversorgung und die immensen Preissteigerungen. Die Landesregierung will mit Unterstützung der zwei Oppositionsparteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Härten für die Menschen und Wirtschaft vermeiden.**

Um die Folgen der stark steigenden Energiepreise für die Menschen in MV abzdämpfen, wird die Landesregierung einen Energiefonds im Umfang von 1,1 Milliarden Euro einrichten. Wie Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) am 9. November in ihrer Regierungserklärung zum Thema „Aktuelle Situation der Energieversorgung“ sagte, werde das

Land die 600 Millionen Euro aus den Hilfspaketen des Bundes mit eigenen 500 Millionen Euro ergänzen. „Energieversorgung und Entlastung sind die entscheidenden Aufgaben, vor denen wir in den nächsten Monaten stehen.“ Der interfraktionelle Antrag wurde neben den beiden Regierungsparteien auch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP unterstützt.

Schwesig definierte die nach ihrer Ansicht drei zentralen Aufgaben: Die Erneuerbaren Energien müssten schneller ausgebaut, Energie eingespart sowie die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen vorangetrieben werden. Neue Schulden wolle das Land aber nicht machen, betonte sie. Sie dankte den Fraktionen von FDP und

GRÜNEN für deren Beteiligung am Antrag zum Energiefonds. „Die Menschen im Land erwarten in dieser Zeit keinen Parteienstreit.“

Der Fraktionschef der AfD, **Nikolaus Kramer**, kritisierte den Energiefonds. Dessen Kosten würden auf die Steuerzahler abgewälzt. „Armutsfalle Regierungsversagen.“ Der Gaspreis sei binnen eines Jahres um 130 Prozent gestiegen. „Das Geld kommt hier nicht aus irgendwelchen Geheimtöpfen in irgendwelche Regierungsgebäude“, sagte Kramer. Gleichzeitig würden Abhängigkeiten von externen Energielieferanten geschaffen. Er forderte stattdessen, die drei in Deutschland verbliebenen Kernkraftwerke am Netz zu lassen und zu prüfen, ob die

jüngst abgeschalteten Meiler reaktiviert werden können. Mit regenerativen Energien alleine sei das Land nicht mit ausreichend Energie zu versorgen. Deshalb müsse auch mit Russland über die Wiederaufnahme der Gaslieferungen verhandelt werden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Franz-Robert Liskow**, äußerte die Befürchtung, dass in Deutschland der industrielle Kern zerschlagen werden könnte, sollten die Energieprobleme nicht gelöst werden. „Ein Strompreis um die 40 Cent wird langfristig garantiert auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gehen. Und er wird private Haushalte erheblich belasten.“ Es liege keine energiepolitische Strategie Deutschlands für die Zukunft vor. „Abschalten ist für mich keine Strategie“, betonte der CDU-Politiker. Die bisherigen Hilfspakete von Bund und Land hätten noch keine substanzielle und nachhaltige Entlastung gebracht. „Wir bleiben daher zunächst einmal auf grundlastfähigen Strom aus Kernenergie und Kohlekraftwerken angewiesen.“

Für die Freien Demokraten steht die Entlastung der Menschen im Land an erster Stelle, nicht das politische Kalkül, betonte FDP-Fraktionschef **René Domke**. „Wir wollen uns auf Lösungen konzentrieren und nicht immer nur die Ursachen analysieren. Das haben wir jetzt monatelang getan.“ Es bedürfe klarer Kommunikation und unbürokratischer Entlastung. Es sei gut, dass die Bundesregierung die Expertenkommission „Gas und Wärme“ ins Leben gerufen hat. Deren Vorschläge orientierten sich strikt an den praxisbezogenen Erkenntnissen. Die FDP habe schon frühzeitig vor Maßnahmen gewarnt, die Mitnahmeeffekte oder Fehlankreize erzeugen würden. Domke zeigte sich zufrieden, dass nun wirksame bedarfsgerechte Instrumente entwickelt worden seien.

Für die LINKSFRAKTION erklärte deren Vorsitzende, **Jeannine Rösler**, dass die Landesregierung alles daransetze, verbleibende Härten abzufedern und dort zu überbrücken, wo es nötig sei. Der Energiefonds des Landes werde gezielt wirken, wo die Hilfen nicht oder nur ungenügend greifen. „Uns ist bewusst, dass nicht alle Blümenträume reifen, und die gefundenen Kompromisse von den Länderrhaushalten viel abverlangen“, sagte Rösler. Es gelte Energiesperren zu vermeiden, sagte sie. Auch krisenbedingt in Not geratenen Unternehmen werde unter die Arme gegriffen. Für Schulen, Kitas, Hochschulen sowie soziale, kulturelle und sportliche Einrichtungen würde Vorsorge getroffen.

Es gelte nun den Blick nach vorne auf die Herausforderungen des Winters zu richten und sich der Sorgen der Menschen weiterhin zuzuwenden, ob sie finanziell und energiesicher durchkommen, betonte der Fraktionschef von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**. „Eine gute Nachricht ist, dass die Gasspeicher nahezu zu 100 Prozent gefüllt sind.“ Mit dem Energiefonds sei ein deutliches Signal der Unterstützung an die Bevölkerung und die Wirtschaft gesendet: Der Härtefallfonds des Landes werde deutlich aufgestockt. Es werde aber auch ein Signal für das schnellere Umsetzen des Zukunftsfelds erneuerbare Energieversorgung gesetzt. Übergangsweise werde seine Partei die solidarische Funktion der Häfen zur sicheren Energieversorgung akzeptieren, als Beispiel nannte Terpe das LNG-Terminal in Lubmin.

Der interfraktionelle Antrag macht laut SPD-Fraktionschef **Julian Barlen** deutlich, dass niemand im Land einfach alleine gelassen wird. „Dieses Ziel eint uns.“ Die Menschen im Land und die Wirtschaft werden unterstützt und letztlich gemeinschaftlich durch diese Energiekrise kommen. „Darauf ist Verlass.“ Barlen zog einen Vergleich zur Corona-Krise. „Viele Fragen waren offen, viele Dinge zu klären. Aber das Ziel war auch damals klar und hat uns geeint. Wir schützen Leib und Leben und es geht um den Erhalt der Beschäftigung und der wirtschaftlichen Basis in den Betrieben.“ Genau das sei erreicht worden.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 8/1358  
Beschluss: Ablehnung des Antrages*

*Antrag AfD Drucksache 8/1480  
Beschluss: Ablehnung des Antrages*

*Antrag CDU Drucksache 8/1474  
Beschluss: Ablehnung des Antrages*

*Antrag FDP Drucksache 8/1487  
Beschluss: Ablehnung des Antrages*

*Antrag SPD, LINKE, BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und FDP Drucksache 8/1524  
Beschluss: Zustimmung zum Antrag*

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

## „Wir planen einen Energiefonds in Höhe von 1,1 Milliarden Euro.“

Foto: Uwe Sinnecker



Die Energieversorgung und die Kosten für Strom und Gas sind für die Menschen in unserem Land das wichtigste Thema in dieser Zeit. Energieversorgung und Entlastung sind die entscheidenden Aufgaben, vor denen wir in den nächsten Monaten stehen. [...]

Die Landesregierung hat bereits seit März gefordert, dass wir vom Bund eine Gaspreisbremse brauchen, weil klar war, dass die Preise flächendeckend gedämpft werden müssen. [...] Wo wir am Anfang noch wenig Unterstützung für unseren Vorschlag mit dem Deckel hatten, ist diese Unterstützung gewachsen. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Und ich freue mich, dass auch alle Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sich dann im Herbst für einen Preisdeckel ausgesprochen haben und dass wir uns bei der Ministerpräsidentenkonferenz in der vergangenen Woche mit der Bundesregierung geeinigt haben, dass eine Strompreisbremse und eine Gaspreisbremse kommen. [...]

Wir planen einen Energiefonds in Höhe von 1,1 Milliarden Euro, um die durch die Energiekrise entstehenden Kosten zu finanzieren, Härtefälle zu beseitigen und die notwendigen Investitionen in die Zukunft unseres Landes unternehmen zu können. In diesen Härtefallfonds sollen Gelder aus dem Entlastungs- und Hilfspaket des Bundes fließen, den wir hier in M-V erhalten, und wir wollen mit knapp 500 Millionen Euro eigene Mittel einsetzen. Wir haben dafür schon teilweise im Haushalt Vorsorge getroffen, weil wir auch schon Maßnahmen beschlossen haben. Wir wollen aber auch rund 345 Millionen Euro aus dem Haushaltsüberschuss dafür einsetzen und damit auch ohne neue Schulden klarkommen. [...]

Erstens. Wir wollen knapp 800 Millionen Euro für Zukunftsinvestitionen einsetzen. Darunter fallen Investitionen der Wasserstoffwirtschaft, für die wir zusätzlich Mittel bereitstellen. Dazu gehört aber auch die Umsetzung des von der Bundes-

regierung gemeinsam mit den Ländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern geplanten Programms zur Sicherung der ostdeutschen Raffineriestandorte und zur Transformation der ostdeutschen Häfen. Dafür stellen wir mit dem Energiefonds die notwendige Kofinanzierung sicher.

Und die zweite große Aufgabe ist der Härtefallfonds des Landes. Wir stocken den bestehenden Härtefallfonds von 30 Millionen Euro auf zunächst 100 Millionen Euro auf. Er ist für existenzielle Notlagen da. Zusätzlich zu den bereits bewilligten Mitteln für Wirtschaftshilfen und Stadtwerke sollen jetzt die Aufgaben aufgenommen werden, die sich auch in dem interfraktionellen Antrag befinden. Sie sollen dazu dienen, kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Unsere Wirtschaft kann sich darauf verlassen, dass wir sie genau wie in der Corona-Zeit über die Maßnahmen des Bundes hinaus unterstützen. [...] Wir rechnen mit 20 Millionen Euro für KMUs und wir wollen das verdoppeln und 40 Millionen Euro bereitstellen. [...] Es geht aber auch um die Unterstützung für Kitas, Schulen, Hochschulen, soziale und kulturelle Einrichtungen in der Energiekrise.

Und wir werden drittens dauerhafte Entlastungsmaßnahmen finanzieren. Ich habe eine große Entlastungsmaßnahme angesprochen, das ist das Wohngeld, und außerdem natürlich auch die Mittel zur Einführung des Deutschlandtickets. Wir werden dazu möglichst schnell einen Nachtragshaushalt hier in den Landtag einbringen. [...]

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mit der Unterstützung des Bundes, aber auch des geplanten Energiefonds des Landes sagen wir ganz deutlich, wir lassen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land in der Energiekrise nicht im Stich.

■ Nikolaus Kramer, AfD:

## „Armutsfalle Regierungsversagen.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...]

Wir drehen uns hier in diesem Land seit Monaten im Kreis, und der Leidtragende, meine Damen und Herren, bleiben die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Haben Sie zugehört?)*

[...] Und dennoch werde ich nicht müde zu betonen, meine Damen und Herren, dass der aktuellen Krise eine jahrzehntelange Misswirtschaft der Bundes- und Landesregierung vorausgegangen ist.

*(Beifall Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)*

[...] Gegenwärtig zahlt ein Neukunde über 21 Cent pro Kilowattstunde pro Gas, im Vorjahresmonat lag der Preis noch bei 9,3 Cent pro Kilowattstunde. [...] Der durchschnittliche Preis für einen Liter Super Benzin [...] ist von September 2020 bis September 2022 von 1,279 auf 2,01 Euro angestiegen. [...] Der Strompreis ist innerhalb eines Jahres um circa 25 Prozent angestiegen. Armutsfalle Regierungsversagen [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Aber nicht nur die Energiepreise sind in den vergangenen Monaten stark angestiegen, [...] So liegt die Inflationsrate in Deutschland von Oktober 2021 bis Oktober 2022 bei 10,4 Prozent, [...] Für die Teuerung ist zum beachtlichen Teil die von vornherein zum Scheitern verurteilte Energiewende verantwortlich [...]

Ich verspreche Ihnen, meine Damen und Herren, wir behalten das große Ganze im Auge und legen als Opposition auch weiterhin den Finger in die Wunde. [...] „Unser Land zuerst“ ist nicht erst Motto seit der Krise, aber umso wichti-

ger denn je, meine Damen und Herren.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Schleimspur von Trump. –  
Zuruf von Daniel Seiffert, DIE LINKE)*

Es bleibt zu hoffen, dass sich der aktuelle Trend im Zusammenhang mit der Energieversorgung in Europa fortsetzt und die bundesdeutsche Politik bald isoliert dasteht. [...] die [...] Europäische [...] Kommission [...] deklariert Atomkraft als grüne Energie, das macht Investitionen in die Atomenergie für alle EU-Länder attraktiver und kann die Finanzierungskosten vermutlich kräftig senken.

*(Daniel Seiffert, DIE LINKE:  
Auch mit Steuergeld.)*

Die kommen letzten Endes dann auch wieder bei unseren Bürgern an. [...] Abhängigkeiten von fremden Nationen zu schaffen, scheint hier eine grundlegende Devise der bundesdeutschen Politik in der jüngsten Vergangenheit zu sein. [...] Wir brauchen in Deutschland einen grundlegenden Politikwechsel. Eine sichere Zukunft ist mit dieser Landes- und mit dieser Bundesregierung eben nicht möglich.

*(Thore Stein, AfD: Genau!)*

[...] Wir brauchen jetzt ein schnelles Ende des energiepolitischen Irrwegs. Das bedeutet weitere uneingeschränkte Nutzung der drei verbliebenen deutschen Kernkraftwerke [...] Prüfung, ob weitere, bereits stillgelegte Kernkraftwerk ans Netz zurückkehren können.

*(Beifall Thore Stein, AfD)*

Langfristig brauchen wir Neubau weiterer Kernkraftwerke [...]



v.l.n.r.: Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE und SPD



*(Daniel Seiffert, DIE LINKE:  
Frankreich ist kein gutes Beispiel.)*

die Rückführung deutscher Kohlekraftwerke, die derzeit außerhalb des Strommarktes liegen, Wiederaufnahme von Gas- und Öllieferungen durch Russland, auch durch den bislang unbeschädigten Strang B von Nord Stream 2,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist  
so was von rückwärtsgewandt.)*

ohne dabei in eine erneute einseitige Abhängigkeit zu geraten, weitere Nutzung fossiler Energieträger. Zudem könnte der Staat, wenn er denn willens dazu wäre, durch eine geeignete Steuer- und Abgabepolitik eine zügige Entlastung der Verbraucher erreichen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Daher zum wiederholten Male unsere Forderungen: Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe und Abkehr vom EU-Emissionshandelssystem, Anhebung der Entfernungspauschale für jeden vollen Kilometer auf mindestens 38 Cent rückwirkend zum 1. Januar 2022, Senkung der Stromsteuer auf das EU-Minimum, Senkung der Energiesteuern auf das EU-Minimum, Senkung der Mehrwertsteuer auf Energieträger auf das EU-Minimum, [...]

Meine Damen und Herren, ich schließe meine Rede mit einem Plädoyer: Wir brauchen eine Rückkehr zur Industriena-tion Deutschland, denn nur diese Rückkehr kann den notwendigen Fortschritt schaffen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Danke schön!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

■ Franz-Robert Liskow, CDU:

## „Alles abschalten ist für mich keine Strategie.“



Foto: Uwe Sinnécker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Die Bundesregierung hat fast ein Dreivierteljahr dafür gebraucht, sich ein Rezept gegen die explodierenden Energiepreise auszudenken, ein Rezept wohlgermerkt, das erst in ein paar Monaten anfangen wird zu wirken. [...] Was uns nun [...] ab März erwartet, liegt auch noch im Vagen und ist nicht wirklich üppig. [...] Ein Strompreis um die 40 Cent wird langfristig garantiert auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gehen, und er wird private Haushalte erheblich belasten. Aber das ist von der Ampelkoalition ja auch ausdrücklich erwünscht, der Begriff dafür lautet „New Normal“, das neue Normal. Der Begriff war der Expertenkommission Gas und Wärme so dermaßen wichtig, dass sie ihn gleich viermal in ihrem Abschlussbericht schrieb.

Damit ist die Botschaft auch klar: Das, was wir derzeit erleben, ist keine Durststrecke, es wird der Dauerzustand. Der Gedanke dahinter ist: Die exorbitant hohen Preise für Gas, Öl und Strom seien nicht etwa eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft, nein, diese Preise seien der Treiber für eine wirtschaftliche Transformation hin zu einer umweltfreundlicheren Volkswirtschaft. Die hohen Preise haben deswegen nicht ausschließlich etwas mit dem Krieg zu tun. Sie folgen auch einer politischen Agenda. Kern dieser Agenda ist der Glaube, technischer Fortschritt werde durch Mangel und Verknappung angetrieben.

Ich persönlich bin da sehr skeptisch. [...] Dass der Rest der deutschen Industrie an Deutschland gekettet sei, könnte ein fataler Irrglaube sein.

Am Ende haben weder das Klima noch die deutsche Volkswirtschaft etwas davon, wenn unser industrieller Kern zer-schlagen wird und ins Ausland geht, genau diese Entwicklung aber droht. Das sollten diejenigen berücksichtigen, die das „neue Normal“ preisen, zumal noch immer nicht feststeht, mit welcher energiepolitischen Strategie Deutsch-

land in den kommenden Jahren starten wird. Alles abschalten ist für mich keine Strategie. [...] Und noch ein Hinweis am Rande: Der von mir vorgeschlagene Preisdeckel, der wäre transparent und nachvollziehbar gewesen. 30 Prozent Krisenaufschlag auf die Preise von Öl, Gas und Strom mit Bezugsdatum vom 24. Februar, die Differenz zwischen Marktpreis und dem Verkaufspreis wäre aus öffentlichen Mitteln bezahlt worden, das hätte jeder verstanden, das hätte sich jeder ausrechnen können, was das konkret bedeutet.

*(Zuruf von Anne Shepley,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Und im Übrigen ist es eine Unsitte, dass wir inzwischen zu jeder Landtagsitzung eine Regierungserklärung hören müssen und dann auch noch Papiere beschließen sollen, in denen das Handeln der Landesregierung beklatscht wird. Unter einem selbstbewussten Landtag stelle ich mir persönlich etwas anderes vor. [...]

Es kann nicht sein, dass die Regierung ohne Parlament regiert und sich lediglich auf Beiräte stützt, die hinter verschlossenen Türen tagen. Auch das Herantragen von Ideen an die Staatskanzlei hat nichts mit Demokratie zu tun. Wenn die Landesregierung die Unterstützung der CDU-Fraktion wünscht, dann verlangen wir im Gegenzug, dass die parlamentarischen Gepflogenheiten eingehalten werden, es werden vernünftige Vorlagen gemacht, die nach den Regeln beraten werden und die die Landesverfassung und die Geschäftsordnung vorsehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Parlament, dieser Landtag ist der richtige Ort, um über die Zukunft unseres Landes zu beraten,

*(Julian Barlen, SPD: Machen wir gerade! –  
Torsten Koplín, DIE LINKE: Machen wir doch!)*

so sieht es die Landesverfassung in Artikel 20 vor, und so soll es auch bleiben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

■ René Domke, FDP:

„Sprechen wir doch einfach mal über Entlastungen.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Die Menschen draußen erwarten [...] klare Signale, klare Botschaften und nachvollziehbare Maßnahmen. [...]

*(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)*

Wir [...] hätten [...] uns gewünscht, dass wir die Maßnahmen schon im Juni besprochen hätten. Wir haben jetzt November, [...] aber [...] besser jetzt konkret werden als gar nicht mehr [...]

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

[...] Wir hören [...] die unterschiedlichsten Lösungsvorschläge und müssen sie abwägen. Und deswegen ist es wichtig, dass auch der Weg gesucht wurde, die Wissenschaft miteinzubeziehen. [...] das ist ein großer Gewinn, dass man die Kommission Gas und Wärme beauftragt hat [...]. Das ist ein Weg, den wir ausdrücklich begrüßen.

[...] Wir haben [...] diskutiert über Deckel, Bremsen, Senkungen, Steuersenkungen, Rabatte und Zuschüsse. [...] Ich habe [...] frühzeitig [...] gegen verheißungsvolle Mechanismen gesprochen, die [...] Mitnahmeeffekte generieren [...]. [...] wenn wir mit der Gießkanne arbeiten [...]. Wir haben auch immer wieder [...] uns dagegen ausgesprochen, Lösungsvorschläge zu finden für Entlastungsmaßnahmen, die gar nicht oder eben massiv geschmälert beim Verbraucher ankommen. [...] Und zudem haben wir uns auch dagegen ausgesprochen, einen reinen Preisdeckel einzuführen. Das ist die falsche Antwort auf eine Preisentwicklung, die dadurch entstanden ist, weil ein Gut verknappt wird. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

[...] die wirklich großen Durchbrüche, die sind jetzt in der letzten MPK gelungen. [...] mit dem wirtschaftlichen Ab-



wehrschirm von 200 Milliarden Euro hat die Bundesregierung [...] deutlich gemacht, dass sie Putin diesen Energiekrieg [...] nicht gewinnen lassen wird [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –  
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Ganz genau!)*

[...] Die Begriffe „Preisbremse“ und „Deckel“ sind leider etwas irreführend. Sprechen wir doch einfach mal über Entlastungen, über ein Rabattsystem!

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

Genau das ist es nämlich. [...]

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

[...]. Letztlich wird auf der Gasrechnung eine Summe auftauchen, welche als Rabatt betrachtet werden kann, und die eigentlich zu zahlende Summe auf der Gasrechnung wird reduziert. [...] Wir sollten Geld auch dafür in die Hand nehmen, um den Menschen das genau zu erklären. Und wir sollten vor allem darauf achten, dass wir tatsächlich in der sozialen Marktwirtschaft bleiben. [...]

Und die Aufgabe der Politik auf Landes- und Bundesebene muss es sein, die Energiekosten so niedrig wie möglich zu halten, aber eben nur, um energieintensive Unternehmen in Deutschland im Wettbewerb zu halten, [...]. Und wir müssen tatsächlich auch ehrlich sein miteinander, dass wir das mit Staatsgeldern nicht alles abfedern können. [...]

[...] Lassen Sie mich zum Schluss noch mal auf unseren Antrag eingehen. [...] Wir haben [...] erfreut zur Kenntnis genommen, dass zumindest nicht mehr angedacht ist, die Hilfen im Rahmen der Gas- und Strompreisbremse sowie der Übernahme der Abschlagszahlungen für den Dezember für alle Bürgerinnen und Bürger als geldwerten Vorteil zu versteuern, [...] bereits die einkommensteuerliche Behandlung der 300-Euro-Energiepauschale hat zu einem Verwaltungsaufwand von 550 Millionen Euro geführt [...], nur um eine vermeintliche Steuergerechtigkeit herzustellen. [...]

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...].

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] Deswegen haben wir [...] vorgeschlagen, wenn man schon nicht an diesem geldwerten Vorteil vorbeikommt [...], dann sollte man so ehrlich sein und sagen, es geht nur mit einem Quellensteuerabzug, der möglichst niedrig und gerecht ist. [...]

[...] Ich fordere [...] die Landesregierung auf, hier mit klaren Botschaften rauszugehen, mit entsprechenden Broschüren, mit entsprechender Unterstützung, mit entsprechenden Kampagnen, weil die Menschen auf der Straße verstehen müssen, wie was wirken wird. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*



Foto: Uwe Sinnecker

Landtagssitzungen finden grundsätzlich öffentlich statt. Besucherguppen können sich per mail anmelden: [besucherdienst@landtag-mv.de](mailto:besucherdienst@landtag-mv.de).

■ Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„Es ist für fast alle Bereiche existenziell, dass die Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme wirksam werden.“

Foto: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...]

Vor einer Woche erwarteten wir alle mit Spannung die Ergebnisse des Spitzentreffens von Bund und Ländern, und es war in der Tat allerhöchste Zeit für Beschlüsse – darauf hat ja gerade der Kollege Domke auch verwiesen –, Beschlüsse, die Verbraucherinnen und Verbraucher, Privathaushalte, die Wirtschaft, aber auch Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, der Bildung, der Kultur, des Sports und der sozialen Infrastruktur spürbar unterstützen. Der Druck, endlich Klarheit in Sachen Preisbremse – und ich nenne sie mal so – für Strom, Gas und Wärme zu schaffen und in strittigen Punkten dann auch Kompromisse zu finden, dieser Druck war enorm. Die gemeinsamen Entscheidungen zu den zentralen Punkten, die liegen nun auf dem Tisch, und das ist gut so. Und so werden jetzt die lang erwarteten Preisbremsen, finanziert aus den 200-Milliarden-Euro-Wirtschaftsstabilisierungsfonds, zügig gesetzgeberisch umgesetzt mit dem Ziel, die Energiekosten für alle Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich zu dämpfen.

Meine Damen und Herren, uns ist bewusst, dass nicht alle Blütenträume reifen und die gefundenen Kompromisse von den Länderhaushalten auch viel, viel abverlangen. Jetzt aber zählt vor allem eines, und zwar das, dass vieles von dem erreicht wurde, wofür sich das Land Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren aus dem Energiegipfel seit Wochen und Monaten mit geballter Kraft hartnäckig eingesetzt hat.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt  
übernimmt den Vorsitz.)*

Respekt und Anerkennung für Ministerpräsidentin Manuela Schwesig als souveräne Verhandlerin, Anerkennung auch für alle Regierungsmitglieder, die sich ebenfalls in unzähligen Tag- und Nachtrunden für die Interessen des Landes und seiner Einwohnerinnen und Einwohner starkmachten!

*(Beifall Martina Tegtmeier, SPD)*

[...] Die Gewissheit, dass Abschlüsse übernommen werden, die Preisbremsen und mehr Wohngeld wieder Luft verschaffen, bedeutet für die allermeisten Menschen, für das Handwerk sowie für die kleinen, mittleren Unternehmen endlich auch Planungssicherheit, und das ist in einer Zeit, in der viele Menschen sehr verunsichert sind, absolut unerlässlich. Gerade in den ostdeutschen Ländern sind die Sorgen über die durch die Decke gehenden Energiepreise und die Inflation besonders groß [...]

Richtig und wichtig sind auch die Härtefallregelungen des Bundes für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie für soziale Dienstleister des Bundes für Rehabilitation und Teilhabe. Und es wird Unterstützung für Kultur- und Sporteinrichtungen geben [...], die Einigung auf das Deutschlandticket ist eine gute Nachricht für Pendlerinnen und Pendler.

*(Beifall Tilo Gundlack, SPD –  
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)*

[...] Meine Damen und Herren, es ist für fast alle Bereiche existenziell, dass erstens die Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme wirksam werden, dass zweitens die Abschlagszahlungen für Dezember übernommen werden und weitere Hilfen für die Wirtschaft, für Gesundheitseinrichtungen, für Kultur und Sport greifen, dass drittens einkommensschwachen Haushalten durch das erweiterte Wohngeld geholfen wird, und dass viertens das Land mit einem zukunftsweisenden, breit aufgestellten Energiefonds Investitionen in Größenordnungen ermöglicht und da einspringt, wo die Hilfen des Bundes nicht oder unzureichend ankommen. Und nicht zuletzt ist es fünftens für alle Bereiche existenziell, dass das Land die Energieversorgung sicherstellt und konsequent auf den Ausbau der erneuerbaren Energien setzt, diesen beschleunigt und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel im Haushalt sichert. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

■ Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
 „[...] weil schon immer  
 Energieerzeugerregionen  
 gewerbliche Wertschöp-  
 fung und Wohlstand nach  
 sich gezogen haben.“

Foto: Uwe Sinnecker



Ja, Frau Präsidentin! [...] Liebe Kolleginnen und Kollegen, als in Verantwortung für ein funktionierendes Gemeinwohl stehende Landespolitiker beraten wir heute, wie wir die Bevölkerung, unsere heimische Wirtschaft, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, soziale und karitative Dienste, Mieterinnen und Mieter, Kultur und Sport und viele mehr im Hinblick auf die teils explodierenden Energiepreise und ihre Folgen unterstützen, und wir müssen sie unterstützen und wir können sie auch unterstützen. [...]

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

*(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)*

Sie kennen uns Bündnisgrüne als sehr ungeduldige Zeitgenossen, wenn es um den Ausbau erneuerbarer Energien geht,

*(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
 Sie sind eher gemächlich und beruhigend, finde ich.)*

weil wir die Klimakrise spüren und sie eben abwenden wollen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Warum denn? Wenn es denn wärmer wird, können die Leute doch sparen. –  
 Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

Genauso aber sehen wir die Chancen der Entwicklung gerade für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, weil schon immer Energieerzeugerregionen gewerbliche Wertschöpfung und Wohlstand nach sich gezogen haben.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
 Das merkt man hier ganz besonders.)*

Deshalb sind wir froh, Einigkeit darüber erzielt zu haben, dass perspektivisch unsere Häfen zu Produzenten erneuerbarer Energien werden. Wir akzeptieren übergangsweise die solidarische Funktion der Häfen für die Energiesicherheit jetzt [...].

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von großer Bedeutung ist die Ankündigung eines Härtefallfonds über 12 Milliarden Euro auf Bundesebene, weil dadurch so wichtige Gruppen wie die Mieterinnen und Mieter, die Patientinnen und Patienten und andere mehr in den Blick genommen werden. So sollen die Krankenhäuser und Universitätskliniken, Pflegeeinrichtungen, soziale Träger, Wohnungseigentümer und Wohnungsunternehmen gestützt werden. [...]

Unsere Fraktion hat frühzeitig einen Härtefallfonds des Landes angesichts der großen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen ebenfalls favorisiert, der dort greifen soll, wo der Härtefallfonds des Bundes eben nicht greift [...]. Und wir wissen selbst, dass dabei noch viel Detailarbeit auf Bundesebene notwendig ist, das geht auch aus unserem Antrag hervor. [...]

Andererseits, muss man auch sagen, gibt es aber jetzt schon Notfälle, sodass – auch ohne dass es bis ins letzte Detail geklärt ist – Unterstützungsleistungen möglich sein müssen. [...]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine der größten Unterstützungsleistungen, gerade für die so wichtige Gruppe der Berufstätigen mit relativ geringem Einkommen [...], sind die novellierten Wohngeld- und Heizkostenzuschüsse, hinter denen sich allein für Mecklenburg-Vorpommern mehr als 100 Millionen Euro verbergen, und das ist wirklich eine erhebliche Unterstützungsleistung, das weiß ich auch aus der eigenen Familie. [...]

Ich komme zum Schluss. Mir ist es ganz wichtig zu sagen, dass wir als Fraktionen zusammenstehen und ein Signal an die Bevölkerung aussenden. Nach der langen Zeit sehr spekulativer Überlegungen in der Öffentlichkeit, was nun werden wird, wird hier ein wichtiges Signal gesetzt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und  
 Jeannine Rösler, DIE LINKE)*



■ Julian Barlen, SPD:

## „Niemand wird mit den Folgen dieser Krise einfach alleingelassen.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Auch zu Beginn dieser Rede möchte ich mich nicht nur bei unserer Ministerpräsidentin für die Regierungserklärung, sondern [...] sehr herzlich bei [...] der Fraktion DIE LINKE, [...] BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP für die sehr konstruktive, wirklich sehr sachorientierte Ausarbeitung des vorliegenden Antrages bedanken.

Wie schon während der Corona-Pandemie ist es gut, wenn bei existenziellen Fragen in der Krise, wie ein Land, wie eine gesamte Gesellschaft gut durchkommt, wenn in solchen Zeiten nicht nur Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften, mit den Kammern, mit den Kommunen, mit den Verbänden, so, wie es ja im Energiegipfel auch geschieht, sondern eben auch die politischen Kräfte in der Regierung und in der Opposition im Interesse einer wirkungsvollen Antwort kooperieren, sicherlich auch auf diesem Weg um die besten Ansätze, die besten Ideen ringen, aber immer ein gemeinsames Ziel vor Augen haben, und dieses Ziel [...] eint uns.

*(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)*

Niemand wird mit den Folgen dieser Krise einfach alleingelassen. Alle Menschen im Land, die Wirtschaft werden unterstützt und am Ende gemeinschaftlich auch durch diese Energiekrise kommen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, DIE LINKE, FDP und  
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Und darauf [...] ist Verlass, und dieses ganz klare Signal geht auch von dieser Debatte aus [...].

*(Heiterkeit auf der Regierungsbank)*

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...] in dieser Lage [...] geht es ganz zentral aber eben nicht nur um die Energiepreise, es müssen gleichzeitig drei Herausforderungen angepackt werden:

Erstens gilt es nach wie vor, die eigentliche Energieversorgung durch mehr Energiequellen, durch Einsparungen zu sichern, eine Mangellage zu verhindern. Das ist das A und O, damit das gesellschaftliche Leben, das wirtschaftliche Leben normal weitergehen kann. Und genau daran wird in Lubmin mit LNG, mit Öl, Kohle in Rostock und übrigens auch im Sektor der erneuerbaren Energien [...] hart gearbeitet. [...]

Zweitens muss konsequent am beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren gearbeitet werden. Wir haben als Land das Potenzial, mit Sonne, mit Wind, mit Erdwärme, mit anderen Energieträgern nicht nur energiesouverän und unabhängig zu werden, sondern eben auch ein guter Standort für die CO<sub>2</sub>-neutrale Industrie, für die wachsenden Branchen, für die Unternehmen, die Wirtschaft und eben hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern durch die Produktion, durch Speichertechnologie, durch Innovation so was wie ein Wasserstoff-Texas des Nordens zu sein.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...] deshalb [...] legen wir auch einen Fokus darauf, trotz und parallel zu diesen anderen Herausforderungen die Zukunftsstrategien dieses Landes mit Hochdruck weiter umzusetzen. [...] Da geht es um den Hightech-Hafen Rostock mit einem großen Elektrolyseur für Ammoniak, für Fernwärme, das Konsortium doing hydrogen, Wasserstoff-Hub für den Osten, das Vorhaben „grüner Wasserstoff“ für die Produktion von eben demselben und dessen Speicherung und eben auch ein Transportkorridor mit entsprechenden Pipelines und Leitungen für Ostdeutschland. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Und der dritte Bereich, [...] da müssen [...] die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft wirksam entlastet werden, mit den Entlastungspaketen 1 bis 3,

*(Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

mit der Soforthilfe im Dezember, mit den Energiepreisbremsen, mit dem Härtefallfonds des Bundes und eben auch ergänzend dazu mit dem Engagement des Landes, mit einem Landesenergiefonds. [...]

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...]

(Sebastian Ehlers, CDU: Drüber eingeschlafen, schon Mittagsschlaf.)

[...]

(Sebastian Ehlers, CDU: Wie viele Anträge hatten wir jetzt und Sie?)

Wir hatten eingeladen, wir waren offen, den vorliegenden Antrag neben der FDP und den GRÜNEN eben auch mit der CDU gemeinsam auszuhandeln, zu bringen. [...] Die CDU hat die Runde verlassen. [...]

(Marc Reinhardt, CDU: Gutes Recht.)

[...] Ich hoffe, wir stehen [...] im Landtag weiterhin zusammen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

## Arbeitslose Akademiker im Blick

Debatte über Vermittlungschancen

■ Der Fachkräftemangel in MV wird immer größer. Nahezu jede Branche ist betroffen. Die meisten Unternehmen klagen darüber, dass Stellen nicht besetzt werden können. Auch tauchen immer häufiger Meldungen auf, nach denen Betriebe geschlossen werden müssen, weil es keinen Nachwuchs gibt. Unter den Arbeitslosen in MV sind auch Akademiker. Ihre Situation beleuchteten die Regierungsfractionen mit ihrem Antrag „Fachkräftemangel bekämpfen – Potential von arbeitslosen Akademikerinnen und Akademikern stärker in den Fokus nehmen“.

Die Zahl der arbeitslosen Akademikerinnen und Akademiker in MV ist nach Angaben des arbeitsmarktpolitischen Sprechers der Linksfraktion, **Henning Foerster**, seit Jahren konstant. Es gebe dort nur wenig Bewegung. „Nicht nur ich stelle mir die Frage, warum es nicht gelingt, dieses Potenzial zu nutzen“, sagte Foerster. Es sei das Ziel der rot-roten Koalition, im Rahmen einer Arbeitsmarkt- und Fachkräfteanalyse die Möglichkeiten unter die Lupe zu nehmen, wie arbeitslose Akademikerinnen und Akademiker besser auf dem ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.



Foto: nordreport

Ältere arbeitslose Akademiker besuchen im Projekt „Campus der Generationen“ gemeinsam mit jungen Studierenden Vorlesungen.

Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Situation sah Foerster in dem erfolgreichen Projekt „Campus der Generationen“ in Brandenburg. Dort lernen ältere arbeitslose Akademikerinnen und Akademiker gemeinsam mit jungen Studierenden, sie besuchen Vorlesungen zu ausgewählten Themen und arbeiten in regionalen Partnerunternehmen an konkreten Projekten.

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) bezeichnete den Antrag als „sehr gelungen“. Die Landesregierung werde sich mit den arbeitslosen Akademikern ebenso wie mit „Studienzweiflern“ beschäftigen. In den Schulen sei jahrelang zu sehr für ein Studium geworben worden. Die Wirtschaft und die Politik müsse diese jungen Menschen, die an den Universitäten nicht richtig aufgehoben sind, dann dort abholen können. Dabei

werde das brandenburgische Modell „Campus“ auch eine Rolle spielen. Aber prinzipiell sei ein Abschluss im Handwerk genauso viel wert wie ein Studium, betonte Meyer.

Der AfD-Abgeordnete **Michael Meister** bezeichnete den Antrag der LINKEN und der SPD als „eigentlich nicht notwendig“ und als einen „Schaufensterantrag“. Bei der Erwerbslosigkeit von Akademikern handle es sich vor allem um Sucharbeitslosigkeit. „Sie können die Arbeitslosigkeit im Mittel schneller überwinden als Personen mit geringer formaler Bildung.“ Die Hälfte von ihnen sei kürzer als ein halbes Jahr arbeitslos. Meister verwies darauf, dass schon frühere Landesregierungen keine besonderen Maßnahmen für die Integration arbeitsloser Akademikerinnen und Akademiker geplant hätten. Laut Meister

stehen landesweit in den Arbeitsagenturen acht spezielle Ansprechpartner zur Verfügung. „Es ist alles vorhanden.“ Es stelle sich die Frage, warum es so viele arbeitslose Akademiker gibt. „Vielleicht liegt es einfach nur daran, dass wir zu viele Akademiker haben?“

Wie der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller** erklärte, sei bereits im März eine Arbeitsmarktanalyse und Fachkräftestrategie in Auftrag gegeben worden. „Da frage ich mich: Hat man denn damals den Bildungsstand nicht berücksichtigt?“ Waldmüller gab zu bedenken, dass bei Akademikern der Arbeitsplatzwechsel vergleichsweise häufig aufträte, es gebe „quasi ein Rein-Raus“. Die Fluktuationsrate liege konstant bei 25 bis 30 Prozent. So bleibt nach Waldmüllers Erkenntnissen eine Quote von rund 1,5 Prozent bei denen übrig, die dem SGB2 zugerechnet werden müssten. Es sei die Frage, ob diese Zahl von 1,5 Prozent die Anfertigung einer einzelnen Studie rechtfertigt, die dann möglicherweise auch noch einen geringen Erkenntnisgewinn bringe. Waldmüller schlug deshalb vor, eher ein Expertengespräch einzuberufen und beantragte die Überweisung des Antrags an den Wirtschaftsausschuss.

Der arbeitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Falko Beitz**, erklärte, dass der steigende Fachkräftebedarf für die Wirtschaft in MV und auch deutschlandweit mittlerweile zu den dringendsten Herausforderungen zähle. Der Bedarf an Fachkräften werde aufgrund des demografischen Wandels in der Zukunft noch an Bedeutung gewinnen. Bis 2035 würden 25 Prozent weniger Erwerbspersonen zur Verfügung stehen. „Dabei bedarf es immer eines vielschichtigen Lösungsansatzes, die Patentlösung gibt es nicht“, sagte Beitz. Er verwies auf den Koalitionsvertrag, in dem festgelegt sei, dass gemeinsam mit den Hochschulen geprüft werden soll, wie insbesondere ältere Arbeitslose mit Hochschulabschluss gefördert und wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden können. Ein Projekt wie „Campus“ könne dazu beitragen, dieses bisher noch ungenutzte Fachkräfte-Potenzial zu heben.

Älteren Menschen, die arbeiten wollen und ausreichend qualifiziert sind, müsse ein Jobangebot gemacht werden, sagte Jutta Wegner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Das Lebensalter sagt nur bedingt etwas über die Leistungsfähigkeit einer Person aus.“ Beim Blick in die Statistik erschließe sich jedoch nicht, warum der Antrag der Regierungsfractionen die arbeitslosen Akademikerinnen und Akademikern so stark in den Blick nehme. Diese Gruppe verzeichne in Deutschland wie auch in MV die geringste Arbeitslosigkeit und die Zeitspanne der Erwerbslosigkeit sei auch die kürzeste. Gleichzeitig bezögen in MV über die Hälfte der betroffenen Akademiker Arbeitslosengeld I. „Das dort brachliegende Potenzial heben zu wollen, ist zwar grundsätzlich ein unterstützenswerter Ansatz, wird aber von den Arbeitsagenturen schon in hohem Maße praktiziert“, sagte Wegner.

Heftig kritisierte **Sabine Enseleit** (FDP) den Antrag der LINKEN und der SPD. Es stelle sich die Frage, ob er eine „Nebelkerze“ sei, um von der fehlenden Fachkräfte- und Arbeitsmarktstrategie abzulenken. Gleichzeitig könne bei der Gruppe der Akademiker von Vollbeschäftigung gesprochen werden, da die Arbeitslosenquote unter drei Prozent liege. Die Akademiker seien immer seltener und gleichzeitig kürzer arbeitslos als andere Berufsgruppen, betonte Enseleit. Es stimme auch nicht, dass akademisch ausgebildete ältere Arbeitslose besonders vielen Vorurteilen ausgesetzt sind. Wichtiger als dieser Antrag wäre es gewesen zu erfahren, wann mit der Fachkräfte- und Arbeitsmarktstrategie der rot-roten Landesregierung zu rechnen sei.

*Antrag DIE LINKE und SPD  
Drucksache 8/1493*

*Beschluss:*

*Zustimmung zum Antrag*

## Große Sorgen

Fördermillionen für ländlichen Raum sollen gekürzt werden

■ Die Millionen, die MV in den vergangenen Jahren im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) erhalten hat, wurden gut angelegt. Die positiven Folgen von Investitionen in die Infrastruktur in den ländlichen Räumen sind überall zu sehen. Doch nun könnten die Pläne des Bundeslandwirtschaftsministers, der Landesregierung und den Landkreisen einen dicken Strich durch die Rechnung machen. Es stehen massive Kürzungen an.

Die rot-rote Landesregierung hat die von der Bundesregierung geplante Kürzung der sogenannten GAK-Mittel heftig kritisiert. Wie die SPD-Agrarexpertin **Dr. Sylva Rahm-Präger** ausführte, können die Kürzungen in der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) dramatische Auswirkungen haben. So seien die zweckgebundenen Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls in Höhe von 15 Millionen Euro für den Ansatz 2023 gestrichen. „Wohl auch aus dem Grund, dass das Geld in keinem Jahr vollständig abgerufen wurde“, sagte Rahm-Präger. In den letzten Jahren hätten nur fünf Bundesländer überhaupt Mittel für diesen wichtigen Bereich in Anspruch genommen.

Allerdings hätte das im Vergleich kleine MV mit 1,1 Millionen Euro kontinuierlich an dieser Problematik gearbeitet.

Schwerwiegende Folgen hätten auch die Kürzungen bei der regulären GAK von 634 auf 529 Millionen Euro. Betroffen sei auch die Grundversorgung, eines der wichtigsten Programme. In dieses Programm gehörten die Schulen, Kindergärten, Schulhort, Sporthallen und die Essenssäle für die Gemeinschaftsverpflegung. In den Jahren 2015 bis 2022 seien im Landkreis Vorpommern-Rügen insgesamt 13,7 Millionen Euro in solche Projekte investiert worden. Für 2023 und 2024 stehe in der Planung dort eine Null, kritisierte Rahm-





Die Sicherung von Steilküsten fällt in den Bereich der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Präger. „Die Bundesregierung hängt mit dieser Priorisierung in der GAK den ländlichen Raum ab.“

Nach Meinung von Landwirtschaftsminister **Till Backhaus** (SPD) gehört die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zu den wichtigsten Finanzierungsinstrumenten für die ländlichen Räume. Er habe mit großer Sorge zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium den Ländern insgesamt 190 Millionen Euro nicht mehr zur Verfügung stellen will. „Für mich ist das nicht nachvollziehbar – ich sage das in aller Deutlichkeit.“ Das bedeute für die ländlichen Räume im Nordosten, dass 24,5 Millionen Euro nicht zur Verfügung stehen werden. Investitionen beispielsweise in Kitas, Schulen oder Dorfgemeinschaftseinrichtungen im ländlichen Raum könnten im kommenden Jahr nicht auf den Weg gebracht werden. «Das ist für mich ein Schlag ins Kontor.» MV könne das im Gegensatz zu anderen Bundesländern im Süden nicht durch eigene Mittel ausgleichen. In der zurückliegenden Förderperiode seien aus GAK-Mitteln Neubau und Sanierung von 70 Schulen, 148 Kitas und 138 Dorfgemeinschaftshäusern unterstützt worden.

MV werde sehr hart von der Kürzung der GAK-Mittel getroffen, weil es im Vergleich zu anderen Bundesländern abhängiger von der Bundesförderung sei,

sagte der AfD-Abgeordnete **Thore Stein**. „Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen.“ Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) habe recht wenig übrig für die konventionelle Landwirtschaft in Deutschland. Es wundere nicht, dass der GAK-Rahmenplan eine zunehmend ideologische Handschrift trägt, sagte Stein. Die Kürzungen betreffen beispielsweise Investitionen in moderne Ställe, die den immer höheren Anforderungen an die Tierhaltung gerecht werden müssen oder auch Investitionen in moderne Technik, die die Umweltwirkung der Lebensmittelerzeugung reduziert. Dagegen würden die Rahmenpläne für Ökolandwirtschaft besser ausgestattet. „Es regiert nicht mehr der Sachverstand, sondern das ideologische Wunschdenken.“ So manches Infrastrukturprojekt werde nicht mehr umgesetzt. „Es ist zu befürchten, dass sich die Kluft zwischen urbanen und ländlichen Räumen weiter auftut.“

„Während die Bundesregierung mit Doppel-Wumms versucht, Probleme zu lösen, die wir ohne sie nicht gehabt hätten, schaut der ländliche Raum in die Röhre“, erklärte der CDU-Agrarexperte **Thomas Diener**. Die Bundesregierung tue zu wenig für den ländlichen Raum, die Belastung durch den Ausbau der erneuerbaren Energien sei groß, es gebe nur ein geringes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln und die Digitali-

sierung komme nicht voran. Die SPD in MV müsse sich die Frage gefallen lassen, wer denn Teil der Bundesregierung ist und wer den Bundeskanzler stellt. Die GAK sei ein zentraler Motor für die Entwicklung des ländlichen Raums, sagte Diener. Mit einem Euro aus GAK-Mitteln hätten über Co-Finanzierung von Land und EU rund zehn Euro für den ländlichen Raum generiert werden können. Umso schmerzlicher sei die geplante Kürzung durch den Bund. Dabei wären vielmehr erhöhte Fördermittel nötig, um überhaupt das bisherige Niveau zu halten.

Es gehe um den Verfassungsauftrag, die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land, erklärte **Elke-Annette Schmidt** von DIE LINKE. Der Antrag der Landesregierung sei ein wichtiges Puzzleteil, um diesen Auftrag zu erfüllen. Auch wenn das Land in der Vergangenheit bei der Infrastruktur ein gutes Stück vorangekommen sei, gebe es doch einen großen Nachholbedarf. Schmidt führte dabei leerstehende und verfallende Gebäude oder nur schwer befahrbare ländliche Wege auf. Das mache die Bedeutung des GAK gerade für MV klar. Seit 2016 habe das Land Vorpommern jährlich rund 75 Millionen Euro aus GAK-Mitteln erhalten. „Wir befürchten, dass bestimmte Maßnahmen nicht mehr oder nur noch teilweise gefördert werden können, das können und wollen wir nicht zulassen“, betonte Schmidt. „Ländliche Räume sind Zukunftsräume und die wollen wir gestalten.“

„Der Antrag kommt zu spät, da können Sie machen, was Sie wollen“, sagte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**. Seiner Meinung nach sei die Landesplanung zur Verwendung der GAK-Mittel in der neuen Förderperiode nur schwer auffindbar. Es liege für die Entwicklung ländlicher Räume nur dünnes Material vor. Es gehe nun darum, wie mit den künftigen Geldern zu verfahren sei. Terpe betonte, dass die Mittel auf das Niveau gekürzt worden sind, das zuvor abgerufen worden sei. „Mehr haben die gar nicht gemacht.“ Auch MV habe die Mittel nicht vollständig abgerufen, Terpe sprach von 3 bis 13 Millionen Euro jährlich. Zudem hätten die Kollegen

von SPD und FDP im Bundestag den Plänen zugestimmt.

Die FDP-Fraktion bedauere es sehr, dass der zuständige Bundesminister Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sich nicht für die Verstetigung oder Erhöhung des GAK eingesetzt hat, sagte die FDP-Abgeordnete **Sandy van Baal**. Zusätzlich sei es bedauerlich, dass innerhalb der GAK-Mittel umgeschichtet werden soll und diese Mittel dann nicht mehr für die ländlichen Räume zur Verfügung stehen. Es wäre der bessere Weg gewesen, die Zweckbindung der Gelder zu reduzieren. Dann hätten die Bundesländer das Geld besser einsetzen können. Die FDP-Fraktion sehe auch den Plan Özdemirs kritisch, innerhalb der GAK 150 Millionen Euro für den Umbau der Tierhaltung bereitzustellen. Dieses Vorgehen greife stark in die Länderkompetenzen ein. „Wir brauchen hier einen separaten Topf, der ganz klar und nur für das Thema „Umbau der Tierhaltung und Finanzierung der Folgekosten einer tiergerechten Haltung“ eingerichtet wird.“ Es bestehe die Gefahr, dass die Produktion von Schweinefleisch in Deutschland nicht mehr rentabel ist und die Produzenten ins Ausland abwandern.

*Antrag der SPD und der LINKEN  
Drucksache 8/1492*

*Beschluss:  
Annahme des Antrags*

## Infrastrukturpauschale aufstocken

Kommunen brauchen mehr Geld – Landesregierung gesprächsbereit

■ Die Infrastrukturpauschale ist ein wichtiger Teil der kommunalen Finanzen. Mit der Reform des Finanzausgleichgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V) Anfang 2020 stehen den Kommunen über 20 Jahre hinweg gut zwei Milliarden Euro zur Verfügung, um den Investitionsstau abzubauen. Für drei Jahre stockte das Land die Summe von jeweils 100 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro auf. Diese Regelung läuft im kommenden Jahr aber aus. Kürzungen in diesem Bereich wären nach Ansicht der CDU-Fraktion im Landtag MV unmittelbar spürbar. Dies gelte es zu verhindern.

Die Infrastrukturpauschale soll nach Ansicht der CDU-Fraktion auch im kommenden Jahr in gleicher Höhe den Kommunen zugutekommen. Der CDU-Abgeordnete **Marc Reinhardt** kritisierte bei der Einbringung des Antrages „Infrastrukturpauschale in unveränderter Höhe beibehalten – kommunale Investitionstätigkeit in der aktuellen Krise verstetigen“ die geplante Kürzung um ein Drittel auf dann 100 Millionen Euro. „Diese Kürzung erfolge in einer Zeit, in der Investitionen in Spielplätze, Vereinshäuser oder Feuerwehren von großer Bedeutung sind“, sagte Reinhardt. Solche Aufträge würden auch benötigt, um Arbeitsplätze in den Kommunen zu sichern. Jeder Euro aus der Infrastrukturpauschale sei gut investiertes Geld. Deshalb sollte die Infrastrukturpauschale um 50 Millionen Euro aus Steuermitteln aufgestockt werden. In den vergangenen drei Jahren habe sich gezeigt, dass die Kommunen dank der Infrastrukturpauschale wieder vor Ort etwas selbst entscheiden konnten.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) betonte in seiner Antwort, mit der kommunalen Familie sei vereinbart worden, dass beim für Ende November geplanten Kommunalgipfel die Frage der in

den vergangenen drei Jahren um 50 Millionen Euro erhöhten Pauschale auf der Tagesordnung sein wird. „Wir werden uns gerne offen in die Erörterung begeben.“ Auch wenn es nicht ganz einfach werde, die 50 Millionen Euro einfach obendrauf zu geben – die Ergebnisoffenheit bleibe. Doch erwarte er angesichts der aktuell schwierigen Finanzlage auch Kompromissbereitschaft der Kommunen. Es sei angesichts der finanzpolitischen Unwägbarkeiten nicht möglich, schon heute für das kommende Jahr oder gar bis zum Jahr 2028 eine Steigerung der Pauschale festzulegen.

Der Abgeordnete **Martin Schmidt** von der AfD vertrat die Ansicht, dass es prinzipiell gut sei, für die Kommunen mehr Geld bereitzustellen. Er kritisierte aber die von der CDU geplante Umsetzung. So sei die im Antrag abgebildete Gegenfinanzierung eine „unseriöse“ Nichterwähnung aller Fakten, die in letzter Zeit im Finanzausschuss besprochen worden seien. Es gebe zwar aktuell Steuermehreinnahmen, Schmidt verwies jedoch auf das vom Finanzministerium prognostizierte Defizit von rund 200 Millionen Euro in den kommenden drei Jahren. Die CDU mache auch nicht klar, wo die Millionen für die Infrastrukturpauschale eingespart werden sollten.

Auch **Torsten Koplín** (DIE LINKE) verwies auf die Gesprächsbereitschaft der Regierungskoalition beim anstehenden Kommunalgipfel. Die Regierung habe zugunsten der Kommunen an anderen Stellen bereits „enorm draufgesattelt“, so stelle sich das Gesamtgebilde der kommunalen Finanzen insgesamt positiver dar als zur Zeit der Großen Koalition. Koplín berichtete, dass beispielsweise die Kämmerin der Hanse- und Universitätsstadt Rostock jüngst in einem Gespräch mit ihm ihre Zufriedenheit mit der Unterstützung des Landes

deutlich gemacht habe. Sie habe anerkannt, dass viel Geld geflossen sei. „Aber es gibt auch Sorgen, keine Frage.“ Diese tauchen etwa bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes oder im Bereich der Kindertagesförderung auf. „Und an beiden Sachen sind wir dran“, betonte der Linken-Politiker.

„Zum jetzigen Zeitpunkt scheint es uns notwendig, ein klares Zeichen aus dem Land in Richtung Kommunen zu geben“, betonte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**. Diese dürften angesichts der steigenden Kosten bei den Investitionen nicht alleine gelassen werden. Die Kosten für den Erhalt und den Neubau kommunaler Infrastruktur seien in den vergangenen Monaten enorm gestiegen. Es gebe Kommunen, die ohne die Infrastrukturpauschale nicht mehr in der Lage wären, ihre Schulen, Kitas Straßen oder Sportanlagen zu erhalten. Allerdings müsse auch beachtet werden, dass nicht überall der Mangel an Geld für den Investitionsstau verantwortlich sei. Es gebe auch Schwierigkeiten bei der Auftragsvergabe wie beispielsweise keine oder überteuerte Angebote oder auch den Fachkräftemangel.

**René Domke**, FDP-Fraktionsvorsitzender, bezeichnete die Infrastrukturpauschale als ein Instrument, das sich innerhalb kürzester Zeit bewährt hat. „Der Investitionsstau ist schon deutlich zurückgegangen.“ Viele Gemeinden oder auch Landkreise hätten es geschafft, den Stau erst einmal aufzulösen. Es gehe um eine Infrastruktur, die verfällt oder dringend instandgesetzt werden muss. Deshalb müsse ein Wirkmechanismus gefunden werden, der dort wirkt, wo es aus eigener Kraft nicht klappt. Interessant sei es zu erfahren, warum der Mittelabfluss in manchen Gemeinden stockt, sagte Domke. Jeder wisse, dass es im Moment unwahrscheinlich lange dauert, bis Planung und Genehmigungsverfahren in Gang kommen und ausführende Betriebe zu finden. Das sei der nächste Knackpunkt: Wie ist es zu schaffen, dass die öffentliche Hand in dieser Krisensituation Konjunkturimpulse setzen und die Wirtschaft stützen kann?

„Das Land steht solidarisch an der Seite der Kommunen und immer, wenn Einnahmeherausfälle auf kommunaler Ebene drohen, werden Strategien gefunden, diese abzumildern“, erklärte die SPD-Abgeordnete Martina Tegtmeier. Land und Kommunen hätten sich darauf verständigt, beim nächsten Kommunalgipfel noch einmal über die Infrastrukturpauschale zu reden und ob eine erneute Erhöhung möglich sei. „Und das, obwohl die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern finanziell sehr gut ausgestattet sind.“ Tegtmeier fügte hinzu, dass die Pauschale schnell über die 100 Millionen Euro steigen werde, sollten die Steuerquellen weiter so fließen wie zuletzt. Darüber hinaus könnten die Kommunen laut der aktuellen Steuerschätzung für dieses Jahr mit mehr Einnahmen in Höhe von 74 Millionen Euro rechnen, für 2023 würden plus 50 Millionen Euro zu Buche schlagen.

*Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 8/1472  
Beschluss: Ablehnung*

*An der namentlichen Abstimmung  
nahmen 70 Abgeordnete teil.  
„Ja“ 20 Abgeordnete  
„NEIN“ 36 Abgeordnete  
„Enthaltung“ 14 Abgeordnete*

## Kein Heizungstausch

Konzentration auf Balkon-Solaranlagen

■ **Hausbesitzer in Mecklenburg-Vorpommern können nicht mit zusätzlicher Finanzhilfe des Landes bei der Heizungsmodernisierung rechnen. Die Landesregierung hat sich entgegen früheren Plänen für die Förderung kleiner Solaranlagen an Balkonen entschieden, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die Energiekosten zu senken. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist damit nicht einverstanden.**

Die rot-rote Landesregierung muss nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das im Mai 2022 beschlossene Programm zur Umstellung

alter Heizungsanlagen auf regenerative Energien auf den Weg bringen. Der energie- und klimapolitische Fraktions-sprecher, **Hannes Damm**, sagte bei der Einbringung des Antrages, dass der Wärmesektor zu den größten Sorgenkindern beim Klimaschutz gehöre. Die Hälfte der energiebedingten Emissionen seien dem Wärmebedarf zuzuschreiben. „Es herrscht dringender Handlungsbedarf. Rund die Hälfte aller Heizungen sind veraltet“, betonte Damm. Damm bezog sich bei seinen Ausführungen auf das im Mai vom Landtag beschlossene Programm „Zukunft aus eigener Kraft – Energiesouveränität als Baustein eines starken Mecklenburg-Vorpommerns“, das mit 20 Millionen Euro versehen sei. Allerdings habe die Landesregierung nun fünf Millionen für den Moorschutz, fünf Millionen für die Klimastiftung und zehn Millionen für Balkon-Solaranlagen vorgesehen. Für die ursprünglich geplanten zehn Millionen Euro für den Heizungstausch gebe es da keinen Platz mehr. „Und da frage mich: Was ist da los?“

Umweltschutzminister **Till Backhaus** (SPD) erteilte in seiner Antwort dem Grünen-Antrag eine Absage. „Wir wollen uns konzentrieren auf wesentliche Maßnahmen, die schnell wirken, die möglichst unbürokratisch abgewickelt werden können und wo die Menschen Klimaschutz, Artenschutz, sauberes Wasser und Ernährung und einen eigenen Beitrag zur Energiesicherheit mit auf den Weg bringen können.“ Deshalb habe die Landesregierung einen effektiveren Weg gewählt, die Energiekosten der Menschen im Land zu senken und den Fokus auf steckerfertige Photovoltaik-Anlagen gelegt. „Der Vorteil dieser zehn Millionen, die wir hier einsetzen, geht in Richtung der Mieterinnen und Mieter. Das ist für uns natürlich ein Ansatz, eine möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen, um die eigene Stromrechnung zu minimieren“, sagte Backhaus. Er gehe davon aus, dass mit diesem Programm rund 20 000 Haushalte erreicht werden. Es sei abgesichert, dass MV nach Lösungen suchen wird, wenn sich eine Überzeichnung des Programms ankündigt. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes würden vollständig in den Prozess miteinbezogen werden.



Foto: nordreport



Holzpellet-Heizungen gelten als nachhaltig, da der Rohstoff Holz nachwächst und damit ein erneuerbarer Energieträger ist.

Die energiepolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, **Petra Federau**, kritisierte, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag nicht konkret genug benenne, welche Heizungsanlagen gefördert werden sollen. Und irgendwie könne man doch von allen Beteiligten verlangen, dass sie klar definierte Begriffe verwenden. Dazu gehöre die Unterscheidung von Primär- und Sekundärenergie-trägern oder in die zu beheizenden Objekte nach deren Baujahr oder Bauart. Da die Grünen von Heizungstausch sprechen, könne es also nur um Altbauten gehen, sagte Federau. „Diese werden bisher zumeist mit Gas und Öl oder herkömmlich mit Holz und Kohle beheizt.“ Allerdings sei der Wärmebedarf dieser Bestandsgebäude deutlich über den heutigen Neubaustandards. „Eine effiziente Beheizung ist mittels elektrischer Wärmepumpe kaum möglich.“ Diese Objekte müssten demnach zunächst wärmetechnisch aufgewertet werden, was massive Investitionen bedeute.

Der Sprecher der CDU-Fraktion für Energiepolitik, **Daniel Peters**, kritisierte in seinem kurzen Debattenbeitrag Minister Backhaus, dass dieser nicht auf den Antrag der Grünen eingegangen sei. Backhaus habe zwar betont, dass ihm die Beschlüsse des Landtags nicht einerlei sind und er diese auch umsetzen wolle. „Das will ich Ihnen gerne glauben oder sagen wir mal so: Das muss ich Ihnen glauben“, so Daniel Peters. Allerdings hätten die Grünen mit ihrem Antrag auf einen Antrag der Regierungsfractionen verwiesen und damit der Regierung eine Brücke gebaut. „Sie haben nicht ein Wort zum Antrag gesprochen“, konstatierte Peters in Richtung Backhaus. Man hätte von Backhaus nur die Auskunft erwartet, ob die Landesregierung den am 20. Mai 2022 verabschiedeten Beschluss umsetze.

**Daniel Seiffert** (DIE LINKE) erinnerte in einem Rückblick unter anderem an das Neun-Punkte-Paket „Hilfe für Flüchtlinge“, das am 30. März dieses Jahres mit einem Umfang von einer halben Milliarde Euro verkündet wurde. Darin sei unter anderem zugesichert worden, Entlastungsmaßnahmen des Bundes und weitere Hilfen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen mit Landesmitteln mitzufinanzieren. Einen kleinen Anteil nehme das Energiespar- und Klimaschutz-Programm ein. Dabei sollen private Haushalte mit zehn Millionen Euro beim Decken ihres Energiebedarfs unterstützt und bestehende Heizungsanlage umgerüstet werden.

Die Landesregierung habe sich entschlossen, die Förderung auf Balkon-Solaranlagen zu legen. „Davon sollen in der Hauptsache Mieterinnen und Mieter, aber auch Eigentümerinnen und Eigentümer von selbstbewohntem Wohneigentum profitieren“, sagte Seiffert. Bei einer Obergrenze von 500 Euro könnten maximal 20 000 Haushalte gefördert werden. „Wenn sich das Programm bewährt – und die massive Nachfrage lässt das vermuten, sollten wir nachsteuern.“

Die FDP-Abgeordnete **Sandy van Baal** bestätigte den aus ihrer Sicht gerechtfertigten Antrag der Grünen. Die Fraktionen der SPD und der LINKEN hätten klar ihren Willen zur Umsetzung des Zehn-Millionen-Programms zur Umstellung von alten Heizungsanlagen auf erneuerbare Energien zum Ausdruck gebracht. Es sei richtig, die Landesregierung an die Umsetzung der Beschlüsse zu erinnern. „Wenn man sich als Parlamentarier und insbesondere als Bürger Mecklenburg-Vorpommerns nicht darauf verlassen kann, dass die Beschlüsse in diesem hohen Hause auch tatsächlich von der Landesregierung umgesetzt werden, dann haben wir ein echtes Problem.“ Es sei wichtig, der Landesregierung ganz genau auf die Finger zu schauen. Van Baal kritisierte auch prinzipiell das Regierungsprogramm. „Je nachdem, wie die Richtlinien zur Förderung ausgestaltet sind, könnten sich womöglich wieder nur Leute beteiligen, die es sich sowieso hätten leisten können, ihre alte Heizungsanlage spontan nach Förderbeginn umzurüsten.“ Es

wäre nur ein winziger Bruchteil der Menschen im Land in den Genuss der Förderung gekommen.

Das Programm zum Heizungstausch in seiner ersten Ausfertigung hätte nicht weit getragen, die Verfügbarkeit von Wärmepumpen sei momentan „suboptimal“, betonte der SPD-Abgeordnete **Falko Beitz**. „Von den 500.000 Wärmepumpen, in die Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) jährlich investieren möchte, sind wir gerade meilenweit entfernt.“ Und nun solle die Landesregierung ein Förderprogramm umsetzen, das die Grünen vor einem Jahr selbst als Tropfen auf den heißen Stein bezeichnet haben. Beitz bezeichnete den Grünen-Antrag als „albern“. Doch nun laufe das Förderprogramm für Balkon-Solaranlagen. Bei den geförderten Haushalten werde es zu einer Entlastung bei den Stromkosten kommen, zeigte sich Beitz sicher.

Antrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 8/1466  
Antrag abgelehnt

## Nachwuchs gesucht

Keine spezifische Förderung für seltene Handwerksberufe

■ Der Fachkräftemangel zeigt sich in nahezu allen Wirtschaftsbranchen. Mit am deutlichsten ist diese Entwicklung im Handwerk zu verfolgen. Manche Handwerksberufe leiden so stark unter dem Verlust von Arbeitskräften, dass sie zu verschwinden drohen. Dem will die AfD in MV vorbeugen und gezielt seltene landestypische Handwerksberufe und gleichzeitig die Qualifizierung von Handwerksmeistern zu Restauratoren fördern.

Zu viele Jugendliche drängen nach Meinung der AfD in ein Hochschulstudium. Dadurch werde das Handwerk so sehr ausgedünnt, dass die Gefahr besteht, dass manche Gewerke existen-

ziell bedroht sind. „Daher ist es unser Anliegen, eine Lanze für die duale Berufsausbildung in unserem Land zu brechen“, sagte der AfD-Abgeordnete **Enrico Schult**. Die AfD wolle seltene landestypische Handwerksberufe durch eine Förderrichtlinie unterstützen und gleichzeitig die Qualifizierung von Handwerksmeistern zu Restauratoren vorantreiben. Diesen Interessenten solle ein nicht rückzahlbarer Zuschuss zur Ausbildung gewährt werden. Bei jährlich zehn geförderten Antragstellern ergebe sich ein überschaubarer Aufwand von rund 300 000 Euro, sagte Schult. Die AfD richte ihr Augenmerk auf Berufe, deren Know-how bald vergessen wäre, wenn nicht die Initiative zur Erhaltung ergriffen werde. „Es geht um nichts Geringeres als um unser Kulturgut in Mecklenburg-Vorpommern.“

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) bestätigte, dass es keinen Zweifel am Nachwuchsmangel im Handwerk gebe. Doch diesem Mangel begegne man nicht, indem man eine Neiddiskussion führt. „Die Einen bekommen Geld, die Anderen möglicherweise nicht“, sagte Meyer. Darüber hinaus sei auch noch zu klären, was überhaupt ein kulturprägender Beruf für MV ist. Angesichts der fehlenden Bewerber nach einer Ausbildung sei es der falsche Weg nun die Betriebe mit Fördergeldern zu unterstützen in dem Glauben, dass dann die jungen Leute schon kommen. Vielmehr müssen sich alle Beteiligten Gedanken darüber machen, wie das Handwerk attraktiver gemacht werden kann. Meyer lehnte es gleichzeitig auch ab, ein Studium gegen Handwerksberufe auszuspielen.

Der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller** berichtete von einer Veranstaltung, bei der Ein-Mann- oder auch Kleinstbetriebe betont hätten, dass sie aus finanziellen Gründen nicht mehr ausbilden. Es bestehe deshalb die Gefahr, dass die generationsübergreifende Wissensvermittlung möglicherweise verloren geht. Die CDU-Fraktion habe im Oktober eine kleine Anfrage an die Landesregierung speziell gestellt, um Auskunft über geplante Fördermaßnahmen zur Ausbildungsförderung bei landestypischen Handwerksberufen zu erhalten. Die Entscheidung sei leider



Foto: nordreport

*Junge Menschen sollen mehr für landestypische Handwerksberufe interessiert werden.*

noch nicht da. „Aber das Thema ist wichtig, wir wollen uns des Themas annehmen.“ Seine Fraktion wolle aber jetzt noch nicht einer neuen Richtlinie zustimmen, solange die Ergebnisse der Anfrage noch nicht da sind, sagte Waldmüller. Dann könne man möglicherweise genau in die Lücken gehen, die möglicherweise dann entstehen.

Das Handwerk ist nach Ansicht von **Henning Foerster** (DIE LINKE) ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft. „Es ist stark traditionell und gleichzeitig innovativ in vielen Geschäftsfeldern tätig.“ Mehr als 20 000 Betriebe böten Arbeitsplätze für rund 100 000 Beschäftigte. „Tradition bedeutet hier nicht rückwärtsgewandt unterwegs zu sein.“ Die Branche selbst berichte von 460 000 Innovationen. Das Problem des Fachkräftemangels sei in allen Branchen und nicht nur im Handwerk anzutreffen. „Genau da liegen ein bisschen meine Bauchschmerzen mit Blick auf die präsentierten Lösungsvorschläge der AfD-Fraktion“, sagte Foerster. Es sei systematisch falsch, sich nur einer Branche zu widmen oder einen einzelnen Beruf herauszupicken und dort dann mit Steuergeldern die Ausbildungskosten in den Unternehmen zu senken, wie dies in dem AfD-Antrag geschehe.

Die Notwendigkeit, sich dem Thema Handwerk zuzuwenden, sei unbestritten sagte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Aber wir werden das

nicht mit einem Füllhorn an staatlichen Leistungen in unkoordinierten Einzelleistungen erreichen.“ Im Kern gehe es der AfD mit ihrem Antrag um die Mindestausbildungsvergütung, die die Betriebe seit dem Jahr 2020 zahlen müssen. Diese wird von Unternehmensseite naturgemäß kritisch gesehen. Das Problem seien aber nicht die Höhe der Ausbildungsvergütung, sondern die fehlenden Bewerberinnen und Bewerber. Die Mindestausbildungsvergütung trage dazu bei, die Ausbildung auch im Handwerk attraktiver zu machen. Eine Einzelfallsubvention, wie sie die AfD vorschlage, sei schwer zu begründen. Es ergebe auch keinen Sinn, nur die Restauratoren zu fördern, erklärte Wegner. Auch andere Gründe spielten bei solchen Lebensentscheidungen eine Rolle, dazu zähle die Familienfreundlichkeit, die Flexibilität der Kursangebote oder die Erreichbarkeit der Fortbildungszentren. Die GRÜNEN lehnten die Initiative der AfD zwar ab, wollten sich aber der Erarbeitung einer Strategie für das Handwerk nicht verschließen. „Gute Vorschläge liegen auf dem Tisch.“

**Sandy von Baal** (FDP) sieht es nach eigener Aussage gerne, wenn dem traditionellen Handwerk eine besondere Achtung und Wertschätzung zu Teil wird. MV sei bekannt und beliebt für kreative und traditionelle Handwerker. „Im ländlichen Raum haben sich viele Handwerksbetriebe angesiedelt, die selbstgefertigte Produkte von hoher Qualität herstellen und kleine Kunst-

werke kreieren und vor Ort und im Netz vermarkten.“ Daher sei eine Richtlinie wichtig, die kulturprägend ist, sagte van Baal. Doch welche Kultur meine die AfD, fragte die FDP-Parlamentarierin. „Wir brauchen ein einfaches, dynamisches Verständnis, wie das Handwerk in unserem Land kulturprägend sein kann.“ Sie kündigte eine Initiative der FDP an, die das Problem breiter betrachte, wenig Mittel benötige und bundesweite Projekte nutze.

„Außer dem Anstoß zur Heimatkunde konnte ich den AfD-Anträgen nichts Brauchbares entnehmen“, sagte der SPD-Abgeordnete **Christian Winter**. Seine Partei beschäftige sich schon seit mehr als 150 Jahren mit der Klientel der Handwerker. Eine große Zahl von Auszubildenden im Handwerk werde gebraucht, das stehe außer Frage. Sie würden gerade dort gebraucht, wo die großen gesellschaftlichen Herausforderungen anstehen. Dazu gehörten der Wohnungsbau, die Gebäudesanierung und der Ausbau erneuerbarer Energien. Die dafür benötigten Gewerke wie Malerei, Dachdeckerei oder Anlagemechaniker für Sanitär, Heizung und Klima. „Diese Gewerke sind jetzt nicht unbedingt weniger traditionsreich, denn natürlich haben früher die Leute unter einem gedeckten Dach gesessen.“ Die von der AfD angestrebte Subventionierung mancher Gewerke führe jedoch zu einer Marktverzerrung, die zu Lasten anderer Ausbildungsberufe gehe, kritisierte Winter.

*Antrag der Fraktion AfD*

*Drucksache 8/1478*

*Beschluss: Ablehnung des Antrags*

*Antrag der Fraktion AfD*

*Drucksache 8/1479*

*Beschluss:*

*Ablehnung des Antrags*

## Wohngeld digital beantragen

Keine schnelle Online-Bearbeitung aller Wohngeldanträge möglich

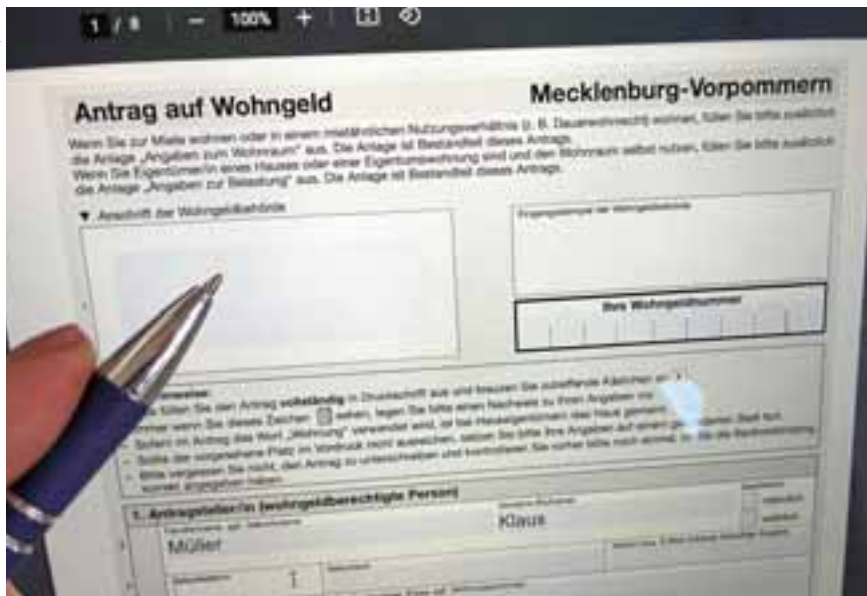
**Der Krieg in der Ukraine und die damit einsetzende Verknappung der Energie haben die Nebenkosten in die Höhe schießen lassen. Viele Mieter, aber auch Wohnungseigentümer kommen in Schwierigkeiten. Ohne staatliche Hilfe droht ihnen, ihre bisherige Wohnung nicht mehr finanzieren zu können. Experten gehen von einer Verdreifachung der Wohngeldempfänger aus. Die Beantragung wird schwierig, weil sie meist analog durchgeführt werden muss.**

Mit der Einführung des Wohngelds plus komme nach Einschätzung der FDP-Landtagsfraktion auf die Behörden im Land eine erhebliche Mehrbelastung zu. Fraktionschef **René Domke** sagte, dass in MV von einem Volumen an zusätzlichen Wohngeldansprüchen von rund 80 Millionen Euro auszugehen sei. Er bezog sich auf den Städte- und Gemeindetag, der bereits vor langen Wartezeiten gewarnt hatte, weil die Wohngeldstellen nicht darauf vorbereitet sind. Mit der Digitalisierung könne bei der Wohngeldreform eine ganze Menge erreicht werden. Dabei gebe es bereits entsprechende Programme, das Land müsse also nicht einmal selbst etwas entwickeln. „Wir könnten nach Schleswig-Holstein schauen, wo es schon ein digitales Antragsverfahren gibt. Dieses Verfahren werde auch zur Verfügung gestellt“, sagte Domke. Seit 2019 habe das Nachbarland eine sogenannte EFA-Lösung (Einer Für Alle). Auch NRW habe darauf gesetzt. „Und nur wir stehen hinten an“, bedauerte Domke. Mit ihrem Antrag wolle die FDP die Landesregierung auf den Weg schicken, um eine landesweite digitale Beantragung des Wohngelds zu ermöglichen.

„Sie brauchen uns nicht auf die Reise zuschicken, wir sind längst auf der Reise“, antwortete Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Die Behauptung, das Land könne bereits seit 2019 eingestiegen sein, sei grober Unfug. MV habe für den Bereich Bauen und Wohnen die Entwicklung einer EFA-Leistung übernommen, Schleswig-Holstein für das Wohngeld. Man könne nicht einfach das System bei den Nachbarn bestellen, das passe nicht zum Entwicklungsstand. Alle Bundesländer seien im Zeitverzug, auch Schleswig-Holstein. Von dort sei derzeit nur der Erstantrag zu bekommen, zudem habe das Nachbarland das Programm auch nur in einigen Pilotbehörden ausprobiert. Vermutlich würden dort Ende des Jahres alle Antragsformate digitalisiert sein. Pegel rechnete mit rund 70 000 Anträgen, die landesweit im kommenden Jahr zu bearbeiten sein werden. „Das wird nicht leicht.“ Schleswig-Holstein könne aber nicht zaubern. „Klar ist auch, wir sind gerne dabei, genau wie elf andere Bundesländer.“ MV beabsichtige, das bundesweite EFA-System einzuführen. Pegel ging auch davon aus, dass es möglich sein wird, bis zum Jahreswechsel Online-Anträge zu stellen. Damit werde aber nur ein pdf-Dokument in den Behörden erzeugt. „Ich fürchte, dass das Bearbeiten im digitalen Vollkontext erst Ende 2023 gelingen wird.“ Die Vereinbarung seien vorbereitet.

„Ich will Ihnen gar nicht absprechen, dass Ihre Idee gut ist“, sagte **Jens-Holger Schneider** von der AfD-Fraktion in Richtung der FDP-Antragssteller. Aber sie scheitere an der Umsetzung. Es gebe bereits ein Online-Zugangsgesetz und werde seit Jahren konsequent vernachlässigt. Schneider verwies auf Estland, das 2002 als sehr dünnbesiedeltes Land mit 1,3 Millionen Einwohnern angefangen habe, konsequent zu digitalisieren. Dort seien inzwischen 99 Prozent aller Dienstleistungen digitalisiert. Laut Landesrechnungshof seien zum Stichtag 30. April 2022 über das MV-Serviceportal 156 Leistungen von etwa 4000 Dienstleistungen abrufbar, laut NDR sind es 224 Leistungen, sagte Schneider. Er zog es prinzipiell in Zweifel, dass es gelingen wird, die Vielzahl von Wohngeldanträgen digital zu bearbeiten. Dazu komme, dass viele Antragstel-





Das Wohngeld ist vielerorts mittels Formular oder pdf-Datei zu beantragen.

ler bei der digitalen Antragstellung Hilfe benötigen werden.

Die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes bleibe eine Mammutaufgabe, sagte **Daniel Peters** von der CDU-Fraktion. Angesichts der sehr geringen Zahl von online abrufbaren Dienstleistungen könne man kaum wie Minister Pegel sagen, „wir sind auf der Reise“. Allerdings gebe es bereits Kommunen, in denen eine durchdigitalisierte Antragsstellung möglich ist. Peters kritisierte dabei die FDP, deren Antrag suggeriere, dass so etwas gar nicht möglich wäre. Zu dem Thema gehöre aber auch, dass bei der Digitalisierung erheblich mehr Personal benötigt werde. Er appellierte an alle Beteiligten, dass beim Online-Zugangsgesetz deutlich mehr Fahrt aufgenommen werden müsse.

Nach der Wohngeldreform, die für viele Menschen von hoher Dringlichkeit ist, ist nach Ansicht der Abgeordneten **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE) ein schneller und einfacher Onlinezugang wichtig. „Da haben wir definitiv eine Gemeinsamkeit“, sagte sie in Richtung FDP. Sie bestätigte allerdings die Einschätzung von Minister Pegel, dass der aktuelle Stand der Entwicklung bundesweit noch ungenügend sei. Für MV sei klar, dass das Angebot zur Übernahme der EFA-Leistung vorliege, nun müssten die Vertragsdetails ausgearbeitet werden. Es sei erkennbar, dass die Landesregierung im engen Austausch mit Schleswig-Holstein und den dortigen Dienst-

leistern ist. „Die Städte Rostock, Schwerin und Stralsund haben als Pilotkommunen die Anbindung schon beantragt.“

**Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), sagte, dass in MV der Anteil von Wohngeldberechtigten mit 2,7 Prozent deutlich höher ist als im Bundesschnitt. „Wenn man noch den hohen Anteil der Arbeitnehmer berücksichtigt, die nur auf Mindestlohniveau arbeiten, ist klar, dass wir es in Mecklenburg-Vorpommern mit Sicherheit mit mehr als der bundesweit prognostizierten Verdreifachung der Zahl der anspruchsberechtigten Haushalte zu tun haben werden.“ Damm betonte, dass es bereits jetzt möglich ist, einen Wohngeldantrag auszufüllen, ohne ihn auszudrucken. Eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Neubrandenburg sei dafür verantwortlich. Er hätte sich von dem FDP-Antrag gewünscht, dass diese in Mecklenburg-Vorpommern entstandene Entwicklung, die über den aktuellen EFA-Stand hinausgeht, dort erwähnt worden wäre. Das dürfe nicht unter den Tisch fallen.

Auch **Rainer Albrecht** (SPD) betonte die hohe Belastung, die durch das Wohngeld plus auf das Land und auf die Kommunen zukommt. „Vielfach reicht das Einkommen nicht aus, um die drastisch erhöhten Nebenkosten zu tragen.“ Das Wohngeld werde als Mietzuschuss geleistet, bei selbstgenutztem Eigentum als Lastzuschuss. Auch die Leistungen des Wohngelds selbst werden verbes-

sert, es gebe dann dauerhaft eine Heizkostenkomponente und eine Klimakomponente. Dadurch verdoppele sich das Wohngeld im Schnitt auf rund 370 Euro. Auf den Nordosten komme eine zusätzliche Belastung von jährlich 74 Millionen Euro zu. Albrecht appellierte an alle Menschen im Land, sich auf der Internetseite des Bundesbauministeriums den Wohngeldrechner anzuschauen, um zu prüfen, ob sie einen Anspruch auf Wohngeld haben.

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 8/1488  
Ablehnung des Antrags





Fotos: Uwe Sinnecker

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Der Abgeordnete Daniel Peters (CDU) stellt im Rahmen der Befragung der Landesregierung seine Frage an Innenminister Christian Pegel.

**Barbara Becker-Hornickel, FDP:**  
[...] Sie tragen uns ja in jeder Sozialausschusssitzung die Zahlen vor. Und ich denke, wir sind uns auch darüber einig, dass wir im Moment, jedenfalls Stand letzte Woche, ein rückläufiges Corona-Geschehen haben. Und ich habe jetzt Ihren Ausführungen entnommen, dass es also keine konkreten, wissenschaftlich vorher festgelegten Grenzwerte zu den einzelnen Kriterien gibt. Ist das so richtig?



Barbara Becker-Hornickel (FDP)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:**  
Sie möchten eine Nachfrage stellen?

**Barbara Becker-Hornickel, FDP:**  
**Also bedeutet das eigentlich, es ist für uns immer noch so eine Art Blackbox und wir warten dann am Ende, was rauskommt. Habe ich das so verstanden?**

**Sozialministerin Stefanie Drese:**  
Nein, so können Sie es nicht verstehen, auf keinen Fall. Ich habe das ja eben schon gesagt, die Zahlen, die wir aus der Ampel kennen, sind Hab acht Zahlen. Wenn wir also dort bei den Zahlen, die wir aus dem letzten Winter kennen, ankommen, dann heißt das natürlich, die anderen Parameter noch mal ganz



Ministerin Stefanie Drese

genau einzubeziehen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist. Und bei den Maßnahmen selber gibt es ja Zweiteilung, einmal gibt es Maßnahmen, die in der Verordnung ohne Einbeziehung des Parlaments möglich sind, und wenn die Situation wirklich regional sich noch mehr zuspitzt, dann ist auch der Landtag miteinzubeziehen. Und dann erkläre ich Ihnen auch gerne noch mal ganz genau, welche Abwägungen wir dort vorgenommen haben. Ansonsten bleiben wir im Sozialausschuss bei den wöchentlichen Berichten.

**Ministerin Stefanie Drese:**  
Genau, es gibt keine Ampel mehr, so, wie wir das aus dem letzten Jahr kennen, dass, wenn eine bestimmte Zahl bei den Inzidenzen beispielsweise überschritten ist, dass dies einen Automatismus auslöst, sondern es ist tatsächlich abzuwägen, wann ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems gefährdet. Und das tun wir nicht nach starren Zahlen, weil eben die Situation durch eine größere Grundimmunisierung auch eine andere als letzten Winter ist.

**Jan-Phillip Tadsen, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Sie selbst haben in der letzten Plenarsitzung davon gesprochen, dass die Bundesregierung eine sogenannte Rückführungsoffensive vorantreiben will, dass das im Koalitionsvertrag Bestandteil ist. In meinen Augen hätten dort schon Maßnahmen seit vielen Jahren stattfinden müssen, allein aufgrund der Abbruchquoten, die wir hier im Land Mecklenburg-Vorpommern in diesem Bereich zu verzeichnen haben.

Die Frage ist: Wie erfolgreich konnte bisher die Durchsetzung der Ausreisepflicht in unserem Land in diesem Jahr umgesetzt werden?

**Innenminister Christian Pegel:**

Also, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits in vergangenen Legislaturperioden sind ja immer wieder Maßnahmen ergriffen worden, das gehört auch dazu. Wenn Sie sagen, da hätte ja längst was passieren können, da ist etwas passiert, gerade in der letzten Bundestagslegislaturperiode.

Zweitens. Ja, die aktuelle Bundeskoalition nimmt sich vor, weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Und drittens. Wir haben insbesondere in den beiden Pandemie Jahren bei den Rückführungen bundesweit – und das gilt, glaube ich, auch in europäischen Nachbarländern – weniger erfolgreich wirken können als in Vorjahren. Alleine das weitgehende Erliegen von Flugverkehr führt dazu, weil Sie im Regelfall auf Flüge angewiesen sind, dass Sie nicht rückführen können. Wir haben darüber hinaus verschiedenste Regelungen gehabt. Um überhaupt Passersatzpapiere zu bekommen, musstest du wiederum pandemiekonform in Botschaften oder Vertretungen dieses Landes kommen. Also insgesamt haben die Pandemie und die damit verbundenen Regelungen in anderen Ländern, aber auch in Botschaften in diesem Land, auch in unserem eigenen Land, dazu geführt, dass wir insgesamt deutlich schwerer unterwegs sind.



Jan-Phillip Tadsen (AfD)

Die Regeln, denen wir unterliegen, sind aber die gleichen wie 2018 und 2019. Von daher bleibt es beschwerlich, es bleibt beschwerlich bei gewissen Ländern.

Erstens. Wenn Sie entsprechende Ersatzpapiere brauchen, gibt es Länder, in denen – zum Beispiel eine der Maßnahmen der letzten Legislatur – der Bund jetzt zwischenzeitlich die Beschaffung der Passersatzpapiere seinerseits in eigener Zuständigkeit übernimmt, das hat die Länder deutlich entlastet.

Zweitens. Es bleibt dabei, dass wir verschiedene Länder haben, die begrenzt kooperationsbereit sind, Menschen zurückzunehmen, und da bleibt der Wunsch der Bundesländer wie in den letzten zehn Jahren, dass der Bund die außenpolitischen Möglichkeiten, die entwicklungshilfepolitischen Möglichkeiten immer wieder ausschöpft, um auch ein Stück weit Konnexität herzustellen zwischen dem, wo die Bundesrepublik Deutschland ihrerseits Hilfe leistet, und auf der anderen Seite auch die Erwartungshaltung zu formulieren, dass wir dafür auch den Wunsch haben, dass bei denen, die wir zurückführen wollen, uns Länder kooperativ helfen. Aber das ist dann auf einzelne Länder bezogen, die zum Teil dann eben auch die größeren Rückstände, die wir haben, ausmachen.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:**

Möchten Sie eine Nachfrage stellen?

(Zustimmung)

Bitte schön!

**Jan-Phillip Tadsen, AfD:**

Ja, Herr Minister, Sie haben jetzt dargestellt, welche Probleme es gibt, Sie haben dargestellt, dass der Bund aktiv



Innenminister Christian Pegel

Fotos: Uwe Sinnecker

wird. Gibt es denn Maßnahmen, die ganz spezifisch von Landesseite getroffen werden, um diesen Vorgang der Rückführungsoffensive der Bundesregierung zu unterstützen oder zu begleiten?

**Innenminister Christian Pegel:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was wir an Begleitung tun, ist bundesgesetzlich vorgegeben.

Erstens. Wir haben entsprechende Ausländerbehörden, die die Dinge auf Wiedervorlage haben, bearbeiten und vorantreiben.

Zweitens. Wir melden im Zweifel die Fälle dem Bund.

Drittens. Wir halten im Regelfall Kolleginnen und Kollegen bei der Landespolizei vor, die entsprechend unterstützen.

Und viertens. Das Land ist vor mehreren Jahren mit zwei anderen norddeutschen Bundesländern in eine gemeinsame Kooperation eingetreten, um eine Abschiebehaftanstalt zu errichten. Die ist in Schleswig-Holstein zu dritt errichtet worden, hat ihre Arbeit im letzten Jahr mit Beginn aufgenommen, wird jetzt Stück für Stück ausgeweitet und wird uns entsprechend helfen bei denen, die im Zweifel durch Untertauchen unmöglich machen, die entsprechenden Rückführungen vorzunehmen.

Von daher hat das Land, glaube ich, seine Verpflichtungen – auch die, die es gegenüber dem Bund in den letzten Jahren eingegangen ist – umfänglich umgesetzt. Aber es bleibt dabei, Sie brauchen die Passersatzpapiere und Sie brauchen Länder, die zurücknehmen.

■ Daniel Peters, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Ich habe eine Frage zu dem Antragsstopp, der ja durch das FDP-geführte Digitalisierungsministerium vor Kurzem bekannt gegeben wurde, und ich hätte die kurze und knappe Frage, ob Sie einschätzen können, welche Projekte in Mecklenburg-Vorpommern, also Ausbauprojekte der Breitbandausbauförderung, betroffen sind und in welchem Finanzvolumen sich das Ganze bewegt.

Innenminister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was bereits bewilligt ist, wird weitergebaut. Von daher, die knapp jetzt 2 Milliarden Euro Landes- und Bundesgelder, die im Raume stehen, werden bereits verarbeitet und weiter bearbeitet. Es ging in diesem Falle darum, dass das sogenannte Graue-Flecken-Programm – ein bisschen salopp: die, die wir bisher nicht fördern durften, die schon 30 Megabit hatten, aber noch keine 100, da gibt es so einen Zwischenraum, ich sage mal, alle, die langsames Internet haben –, gar keins, die durften wir schon, die langsames haben, durften wir bisher nicht, jetzt dürfen wir auch die langsamen machen.

Zwei Landkreise waren bereits in den bisherigen Fördermengen drin, weil sie im August und September Anträge gestellt hatten, zwei Landkreise hatten ihre Lose jetzt in den Topf geworfen, bis zum 17. Oktober, also dem Punkt des Aufnahmestopps. Da hat der Bund zugesagt, die bis Ende Januar auch noch zu bescheiden. Er hatte offenbar versucht zu kalkulieren, wann die 3 Milliarden da verausgabt sind, die er im Haushalt hat, die scheinen also noch in den Bereich zu fallen, die mit finanzierbar wären – vorausgesetzt, alle anderen Voraussetzungen der Förderung liegen vor.

Und dann gab es die Bitte unsererseits auch an die weiteren Landkreise, ebenfalls möglichst schnell Anträge zu stellen. Ich quäle Sie jetzt nicht mit den Petitionen. Wir hätten dieses Jahr gerne noch gestellte Anträge im Pott gewusst, die jetzt nicht mehr zur Antragstellung kommen werden. Die werden wir dann also erst nach den neuen Regeln im

kommenden Jahr stellen können. Welches Volumen das ausmacht, kann ich Ihnen nicht sagen, weil die eben noch nicht gestellt waren, sondern jetzt im November und Dezember in die Vorbereitung gesollt hätten und nach Möglichkeit noch im Dezember hätten gestellt werden können. Ich kann Ihnen aber über das Volumen da nichts sagen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp:

Möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Daniel Peters, CDU:

Mit dem Blick auf den Graubereich, den Sie ja selbst beziffert haben beziehungsweise nicht beziffert haben, benannt haben, haben Sie ja selbst sozusagen pressewirksam darauf aufmerksam gemacht, dass der Bund hier gegebenenfalls Antragstellungen von Kommunen hier sozusagen nicht mehr unterstützen wird. Insofern würde mich schon die Haltung der Landesregierung interessieren, wie Sie dazu stehen, dass der Bund an der Stelle hier diejenigen Projekte, die bei den Kommunen zumindest auf Halde lagen, entsprechend hier nicht mehr unterstützen wird.

Innenminister Christian Pegel:

[...] Ich habe mich vor allen Dingen geärgert über die Kurzfristigkeit. Sie bereiten so was ja länger vor. Wir haben die Kreise gebeten, bereitet auch dieses Jahr Anträge vor, weil absehbar war, dass die Förderrichtlinie sich zum 1. Januar des nächsten Jahres ändert. Und es war nicht klar, wohin sie sich ändert, es steht zu befürchten, dass sie aus mecklenburg-vorpommerscher Sicht nicht zu unserem Vorteil zumindest geändert wird. Das in einer vorsichtigen Prognose, die konkrete Förderrichtlinie müssen wir uns angucken, wenn sie da ist.

Deswegen war unser Appell an alle Kreise, bitte jetzt noch stellen, dann kennt ihr wenigstens die Bedingungen. Und da machen sich ganz viele auf den Weg, bearbeiten Dinge unter einer jetzt bekannten Erkenntnis, und wenn du dann wenige Stunden oder ein ganz kleines Zeitfenster nur hast, von jetzt auf nun gestoppt wirst, dann ist es für die, die schon in der Arbeit sind und sagen, ich war zu 99 Prozent fertig und hätte über nächste Woche geschickt, ist das total ärgerlich, weil er eben nicht weiß, ob die

investierte Arbeit – und diese Anträge sind kein Pappenstiel, da ist schon eine Menge Vorarbeit zu leisten – ob die unter den gleichen Bedingungen dann auch im Januar oder Februar gestellt werden können oder ich quasi bei null von vorne mit der Arbeit anfangen. Das ist der Teil, der mich geärgert hat.

Der Bundeskollege hat noch mal sehr für sein sehr ruckartiges Stoppen geworben, weil er sagte, es hätte innerhalb weniger Stunden aus drei Bundesländern einen riesigen Schwung von Anträgen gegeben. Ob die da gesammelt haben und dann alles gleichzeitig in den Pott warfen, weiß ich alles nicht. Ich kann nur sagen, seine Argumentation war, er hätte das nicht vorhersehen können und uns deswegen nicht – das war mein Wunsch, zu sagen, ihr seht doch sechs/acht Wochen vorher, wenn es so zuläuft, dann gebt uns doch ein früheres Signal, dann können wir hier auch schon mal sagen, ihr braucht euch nicht mehr zu bemühen –, er sagt, nein, das war eine so ruckartige Welle, die das so hochschießen ließ, aus drei Bundesländern gleichzeitig, dass es für uns auch nicht vorhersehbar war.

Da kann ich nicht in die Akten gucken, das überprüfen, ich kann das nur wahrnehmen, und wenn das so eine plötzliche Welle war, dann ist mein Zorn vielleicht kleiner. Für die Landkreise bleibt es trotzdem ärgerlich. Wenn sich Bedingungen deutlich ändern, kann es sein, dass man relativ viel Arbeit in den Papierkorb wirft, in den digitalen Papierkorb wohl gemerkt, und da an der Stelle an vielen Stellen von Neuem beginnt.

Ich bin guter Dinge, dass wir als Länder aber und Kommunen beteiligt werden bei der Neuarbeitung und auch noch mal geltend machen werden, dass vor allen Dingen die Dünnbesiedlungsprobleme, die besonders stark bei uns sind, nicht hintenüberfallen.

■ Constanze Oehlich,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

[...] In einem offenen Brief an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN informierte Erwin Sellering, der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV, die Öffentlichkeit





Innenminister Christian Pegel beantwortet die Frage der Abgeordneten Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

am 2. November 2022, dass die im Justizministerium angesiedelte Stiftungsaufsicht die Frist verlängert hat, bis zu der die Stiftung eine nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung zu erstellende Jahresabrechnung mit Vermögensübersicht bei der Stiftungsbehörde vorzulegen hat.

*(allgemeine Unruhe)*

**Und meine Frage an die Landesregierung ist: Bis zu welchem Datum hat die Stiftungsaufsicht die Frist zur Vorlage der Jahresabrechnung verlängert?**

**Innenminister Christian Pegel:**

[...] Ich würde zunächst gern ein Missverständnis, das ich immer wieder auch in den Medien wahrnehme, noch einmal auflösen. Die Justizministerin ist die Stiftungsaufsicht. Ihre Formulierung legte eben schon wieder nahe, es gebe innerhalb des Justizministeriums eine eigene, davon losgelöste Behörde. Das nehme ich auch in anderen Beiträgen und Presseberichten wahr. Mir ist wichtig, die Justizministerin ist die Stiftungsaufsicht. Es gibt ein Referat innerhalb des Hauses, das diese Aufgabe schwerpunktmäßig macht,

*(Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

aber es bleibt die Behörde der Justizministerin, also die Stiftungsaufsicht.

Zweitens. Die Verlängerung ist nach dem, was mir die Stiftungsaufsicht, die Justizministerin als Stiftungsaufsicht an die Hand gab, ist bis zum 09.12.2022 verlängert. Und meine Frage an sie war, ob das unüblich sei. Das Signal des Hauses, des Justizministeriums, lautet, nein, eine größere Zahl von Stiftungen, das sei durchaus nicht unüblich, würde über die eigentlich innerhalb von neun Monaten zu leistenden Zuarbeiten hinaus Fristverlängerungen benötigen, sodass eine Verlängerung bis zum Jahresende durchaus der Verwaltungspraxis in ganz, ganz vielen Sachverhalten entspreche.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:**

Möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**  
Herr Minister, aus welchen Gründen und auf welcher Rechtsgrundlage wurde die Frist verlängert?

**Innenminister Christian Pegel:**

Die Fristverlängerung beruht auf der Grundlage, dass Sie vermutlich nichts erzwingen können, was eine Stiftung nicht leisten kann. Die Stiftung, die hier betroffen ist, hat über die landesrechtlich vorgegebenen Informationen hinaus in ihrer eigenen Satzung die Vorgabe, dass sie testierte Abschlüsse hinterlegen muss, und da die Testate noch nicht erteilt waren, die entsprechenden Wirtschaftsprüfer noch nicht zum Abschluss gekommen waren, konnte sie noch keine testierten Abschlüsse hinterlegen, und das hat die Stiftungsaufsicht aufgegriffen und, noch mal, genau wie bei vielen anderen Stiftungen, die offenbar auch immer mal in die Fristverlängerungsnotwendigkeit kommen, die Frist entsprechend dahin verlegt.

*Eine Übersicht aller gestellten Fragen und Antworten finden sie online.*





# Meldungen

## Kooperation im Ostseeraum mehr gebraucht denn je

■ Der Ostseeparlamentarierkonferenz kommt nach Einschätzung der Ersten Vizepräsidentin des Landtags, Beate Schlupp, in Zeiten des Ukraine-Kriegs eine zentrale Rolle zu. „Die Kooperation im Ostseeraum auf Basis geteilter Werte und gemeinsamer Interessen brauchen wir im Moment mehr denn je“, sagte Schlupp bei der Einbringung einer interfraktionellen Entschließung zu den Beschlüssen der 31. Ostseeparlamentarierkonferenz in Stockholm. Zusammen mit dem demokratischen Partnern könne dem Versuch begegnet werden, Völkerrechtsnormen zu revidieren, das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und demokratische Strukturen zu schwächen und Europa zu spalten.

Die 31. Ostseeparlamentarierkonferenz habe mit der gemeinsam von allen teilnehmenden Ländern verabschiedeten Resolution ein Signal der Einheit, Einigkeit und Entschlossenheit gesendet. „Genau das braucht Europa und die Ostsee-region, Einigkeit, Solidarität und Widerstandskraft“, sagte Schlupp.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verstoße gegen alle Grundsätze der Ostseeparlamentarierkonferenz, sagte die Landtagsvizepräsidentin. Deshalb seien russische Parlamente von allen gemeinsamen Sitzungen suspendiert worden. Diese Entscheidung sei richtig und unumgänglich gewesen. „Denn wir können mit russischen Abgeordneten nicht an einem Tisch sitzen, solange ukrainische Städte zerstört werden und die Zivilbevölkerung an der Brutalität eines ungerechtfertigten und menschenverachtenden Krieges leiden.“ Es könne keine Rückkehr zur Tagesordnung mit russischen Parlamenten geben, solange Russland gegen die fundamentalen Prinzipien verstößt, auf denen die Kooperation im Ostseeraum basiert.

Eine Aussprache über die Entschließung fand im Parlament nicht statt. Landtagspräsidentin Birgit Hesse sagte in ihrer kurzen Antwort: „Demokratie ist kein Selbstzweck, Demokratie ist kein Selbstverständnis, sondern ist eine Freiheit, für die wir uns einbringen müssen.“ Sie bedankte sich bei der Landtagsvizepräsidentin sowie den Parlamentarierinnen und Parlamentariern für das engagierte Einbringen in den Gesamtprozess. Dies sei ein wichtiger Beitrag für die parlamentarische Verständigung über die

Landesgrenzen hinweg.

*Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP*

*Drucksache 8/1496 –*

*Antrag angenommen*

## Die Europäische Union ist ein großes Friedensprojekt

■ Die Gemeinsamkeiten der Menschen in Europa müssen nach Ansicht von Nadine Julitz (SPD) noch mehr als bisher herausgestellt werden. „Ein starkes Mecklenburg-Vorpommern in einem starken Europa – so machen wir uns fit für die Zukunft“, sagte Julitz bei der Einbringung eines interfraktionellen Antrags. Enorm wichtig sei dabei die Vernetzung mit den europäischen Nachbarn, vor allem mit den Ländern im Ostseeraum. Es sei ein starkes europäisches Zeichen, dass sich alle demokratischen Fraktionen auf einen interfraktionellen Antrag einigen konnten. Angesichts von Krieg, Energiekrisen oder wirtschaftlichen Verwerfungen ist laut der für Europaangelegenheiten zuständigen Ministerin Bettina Martin (SPD) das Interesse an einem starken und vereinten Europa größer denn je. Es gehe darum, die Potenziale voll auszuschöpfen, die die europäische Integration bietet. „Es gibt kaum einen Bereich, der nicht von Brüssel mitgeregelt oder mitfinanziert wird“, sagte Martin.

Jan-Phillip Tadsen (AfD) brachte die Kosten der europäischen Zusammenarbeit für Deutschland in die Debatte ein. „Jeder Deutsche zahlte letztes Jahr im Schnitt 257 Euro an die EU, jeder Grieche im Vergleich erhielt 438 Euro von der EU.“ Es sei ein propagandistischer Kniff zu schreiben, dass MV solidarisch von der EU gefördert würde.

Katy Hoffmeister (CDU) wehrte sich gegen das Schlechtreden der EU durch die AfD. Zweifel an dem Friedensprojekt der Europäischen Union würden im Landtag nicht zu hören sein. Christian Albrecht (DIE LINKE) ergänzte, dass es gut sei, dass das Thema Europa an einer exponierten Stelle wie dem Landtag ein Forum erhalte. Europa sei ein Querschnittsthema.

Der Fraktionschef von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Harald Terpe, betonte, dass es immer wieder wichtig sei, sich zu versichern, dass der Kompass richtig steht.

„Mit dem Antrag haben wir genau diese Versicherung vorgenommen. Der Kompass ist richtig.“

Der Krieg in der Ukraine mache deutlich, dass Europa heute wichtiger denn je ist“, erklärte auch Sabine Enseleit (FDP). Mit neuen Partnerschaften wollen wir heute alle europäischen Länder zusammenbringen.“ Städtepartnerschaften bilden einen Rahmen, in dem die europäische Idee konkret gelebt werden kann.

*Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP*

*Drucksache 8/1494*

*Beschluss*

*Antrag angenommen*

## Rundfunkstaatsverträge werden nicht gekündigt

■ Die AfD hat die Kündigung aller Rundfunkstaatsverträge gefordert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei von Skandalen durchsetzt, es bedürfe einer grundlegenden Reform, sagte der AfD-Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandez. Korruption und Vetternwirtschaft umfassten alle Sendeanstalten. Es handle sich um keine singulären Vorfälle, dies sei vielmehr systemisch bedingt. Die Kosten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk lägen bei zehn Milliarden Euro, die als „Zwangsgebühren“ eingezogen werden. Darüber hinaus gebe es ein Missverhältnis bei den Ausgaben, Milliardenbeträge würden für Personal und Pensionen aufgewendet. Die AfD habe ein deutlich schlankeres Gegenkonzept für den Rundfunk entwickelt. „Wir brauchen diese öffentlich-rechtlichen Medien als Säulen der Demokratie in Deutschland“, betonte Innenminister Christian Pegel (SPD). Für MV würde dessen Auflösung bedeuten, den Reichweiten stärksten Sender zu beseitigen. Es würde eines der in Deutschland beliebtesten Fernseh-Regionalprogramme ebenso treffen wie viele Kulturangebote in MV. „Es würde im Ergebnis viel weniger aus Mecklenburg-Vorpommern berichtet.“ Pegel bestätigte, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mehr Kontrolle brauche. Der Abgeordnete Sebastian Ehlers (CDU) sagte, dass das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erschüttert sei, viele Fragen seien aufgeworfen worden. Ein wie von der AfD ge-

forderter Kahlschlag sei allerdings Unsinn. „Die AfD will dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk mal wieder ans Leder“, kommentierte die Abgeordnete Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) den Antrag. Die Sender würden pauschal verurteilt und die Gebührenzahler als Opfer eines verschwenderischen Rundfunks stilisiert. Die AfD habe jede Sachlichkeit verloren und wolle auch keine sachliche Debatte. Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezeichnete den AfD-Antrag als demokratiegefährdend. „Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Erhaltung unserer Demokratie zu.“ Es müsse deshalb klar sein, dass es mehr öffentlich-rechtlicher Rundfunk brauche und nicht weniger, damit die unabhängige Berichterstattung geschützt wird. Der Antrag der AfD gibt nach Worten von Sabine Enseleit (FDP) keine Antwort darauf, was nach der Kündigung kommen soll. Der Antrag sei mehr ein populistisches Statement denn eine echte Auseinandersetzung mit der Situation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Enseleit forderte unter anderem eine umfassende Reform zur Stärkung des Bildungs- und Informationsauftrags. Die Abgeordnete Nadine Julitz (SPD) betonte, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk künftig so aufgestellt werden muss, dass er seine Aufgaben bei der umfassenden und unabhängigen Berichterstattung voll und ganz ausfüllen kann. Eine Einflussnahme auf die Berichterstattung müsse ausgeschlossen sein.

*Antrag der Fraktion der AfD*

*Drucksache 8/1350*

*Beschluss:*

*Antrag abgelehnt*

---

## Kitas werden personell besser ausgestattet

■ Mecklenburg-Vorpommern wird seine Ausgaben für die Kinderbetreuung aufstocken. In den kommenden drei Jahren sollen zusätzlich insgesamt rund 13 Millionen Euro für eine bessere Personalausstattung in den Kitas bereitgestellt werden. Wie die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Jeannine Rösler, sagte, sollen Auszubildende im ersten und zweiten Lehrjahr nicht mehr auf den Personalschlüssel angerechnet werden. Bislang werden in den Schlüssel angehende Er-

zieher und Erzieherinnen mit 30 beziehungsweise 40 Prozent eingerechnet. Mit drei Azubis im ersten Jahr könne somit ein Träger bisher theoretisch annähernd eine komplette Fachkraft ersetzen. Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE) ergänzte, dass Auszubildende im ersten und zweiten Jahr noch in der ersten Phase ihrer Ausbildung sind. „Sie brauchen Begleitung und Unterstützung und diese gewähren wir ihnen.“ Der AfD-Abgeordnete Enrico Schult warnte vor den finanziellen Folgen der Gesetzesänderung. Es sei fraglich, ob sich das Land leisten könne oder leisten dürfe. Torsten Renz (CDU) bestätigte, dass mit der Gesetzesänderung eine Qualitätsverbesserung einhergehe, die im Grunde die Zustimmung seiner Fraktion erhalte. Von größerer Bedeutung sei aber beispielsweise ein Landesinvestitionsprogramm für die Träger von Einrichtungen. „Qualität kostet Geld“, betonte die Abgeordnete Nadine Julitz (SPD). Die Umsetzung sei eine konkrete Forderung der Träger zur Verbesserung der Qualität. Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte den Gesetzentwurf. Der sei aber nur ein kleiner Schritt. Denn der Personalschlüssel in den Kitas in MV sei weiter mit der schlechtesten in Deutschland. Auch Sabine Enseleit (FDP) kritisierte die geringe personelle Ausstattung der Kitas. Gleichzeitig würden von den mehr als 800 Erzieherinnen und Erziehern nach ihrer Ausbildung in MV nur 300 bis 350 eingestellt.

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss und den Finanzausschuss überwiesen.

*Gesetzentwurf der Fraktionen*

*DIE LINKE und SPD*

*Drucksache 8/1489*

---

## Keine weiteren Regelungen zum Parlamentsinformationsgesetz

Die Landesregierung muss nach Ansicht der FDP-Fraktion den Landtag über geplante Vorhaben frühzeitig informieren. Der Fraktionsvorsitzende René Domke bezog sich in dem Antrag auf Artikel 39 der Landesverfassung. Danach ist die Regierung verpflichtet, den Landtag über die Vorbereitung von Gesetzen oder Pla-

nungen von Großvorhaben zu informieren. Unter Absatz 3 steht: „Das Nähere regelt das Gesetz.“ Bislang seien solche Regelungen noch nicht getroffen worden. Andere Bundesländer hätten die Unterrichtungspflichten bereits Anfang der 2000er Jahre geregelt, sagte Domke. Er zeigte sich überzeugt, dass die gesetzliche Ausgestaltung der Informationspflichten zu weniger Arbeitsaufwand der Verwaltung führen werden. Der SPD-Abgeordnete Philipp da Cunha lehnte den Antrag ab. „Die Informationspflicht findet ihre Grenzen in der Funktionsfähigkeit und der Eigenverantwortung der Regierung“, zitierte da Cunha aus der Verfassung und betonte: „Bei laufenden Prozessen, insbesondere bei der Frage der Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung, gibt es einen geschützten Bereich.“ Auch die AfD sah Defizite bezüglich der Informationspflicht der Landesregierung gegenüber dem Parlament. Der Abgeordnete Jan-Phillip Tadsen (AfD) sagte: „Es geht hier vor allem um klare Prozessorientierung und um ganz eindeutige Vereinbarungen zwischen Landtag und Regierung, wo man klar feststellt, ab wann man hier informiert nicht und wann nicht.“ „Diese Landesregierung muss mit einem Gesetz an ihre Pflichten aus der Verfassung erinnert werden“, erklärte Sebastian Ehlers (CDU). Es sei befremdlich, dass diese einfachen Spielregeln einer Demokratie immer häufiger missachtet werden. Dies sei teilweise inakzeptabel. Es sei für die Kontrolle der Landesregierung durch den Landtag wichtig, dass dafür das Parlament frühzeitig informiert wird, sagte Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Nur so könne der Informationsvorsprung der Regierung gegenüber dem Parlament, insbesondere gegenüber der parlamentarischen Opposition, kompensiert werden. Der LINKEN-Abgeordnete Michael Noetzel verwies auf Regelungen anderer Bundesländer, die lediglich von „rechtzeitig“ sprechen, ohne das näher zu konkretisieren. Die FDP wolle laut ihrem Antrag, dass der Landtag bereits auf der Stufe der Verbandsanhörung informiert werden soll. „Zu diesem Zeitpunkt muss eine Regierung noch das Steuer in der Hand haben“, betonte er.

*Antrag der Fraktion der FDP*

*Drucksache 8/1486*

*Antrag abgelehnt.*

# Laufende Gesetzgebung

Stand: 13. 10. 2022

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1253	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechtsausführungsgesetzes und weiterer Gesetze zur Anpassung an das Betreuungsrecht des Bundes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 07.09.2022  in Beratung
8/1344	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2022 und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 05.10.2022  in Beratung
8/1345	LReg.	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 05.10.2022 in Beratung
8/1346	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Optimierung der IT-Landschaft in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern	Innenausschuss	1. Lesung: 05.10.2022  in Beratung
8/1347	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die allgemeine Beeidigung von Übersetzenden sowie zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 05.10.2022  in Beratung
8/1401	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesausführungsgesetzes SGB IX und anderer Gesetze	Sozialausschuss	1. Lesung: 07.10.2022 in Beratung
8/1402	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Handlungs-fähigkeit der Kommunen während der SARS-CoV-2-Pandemie ab dem Jahr 2023 und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Energie (KVAbwG M-V)	Innenausschuss	1. Lesung: 07.10.2022  in Beratung
8/1470	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 09.11.2022 Ablehnung der Überweisung
8/1484	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 09.11.2022 Ablehnung der Überweisung
8/1489	DIE LINKE, SPD	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes	Bildungs- ausschuss	1. Lesung: 09.11.2022 in Beratung
8/1490	SPD, DIE LINKE	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 09.11.2022 in Beratung
8/1491	SPD, DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der naturschutzrechtlichen Zuständigkeit zur Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie in Mecklenburg-Vorpommern	Agrarausschuss	1. Lesung: 09.11.2022  in Beratung



# Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 5. Oktober 2022 entschieden | Stand: 13. 10. 2022

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/737	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes	LReg.	1. Lesung: 29.06.2022 2. Lesung: 09.11.2022	Annahme
8/1276( neu)	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 07.09.2022 2. Lesung: 09.11.2022	Ablehnung



Eine lebendige Demokratie braucht die Meinung und Ideen von Kindern und Jugendlichen. Mit ihnen zu diskutieren ist erfrischend, häufig herausfordernd und immer ein Gewinn. Bei der Eröffnung der Konferenz „**Kinder- und Jugendbeteiligung in MV**“ von Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern und Schabernack e.V. am 18. November war aus diesem Grund auch die Präsidentin des Landtages, Birgit Hesse, dabei. Eine Woche, nachdem im Landtag das Wahlalter 16 beschlossen wurde, hat diese Veranstaltung besonderen Rückenwind. „Mich beeindruckt immer wieder, wie interessiert und engagiert die jungen Menschen sind und sich gerade auf kommunaler Ebene einbringen, um ihr direktes Umfeld mitzugestalten. Gemeinsam mit ihnen gilt es, Wege zu finden, wie wir diese Mitwirkung stärken und ausbauen können – auch auf anderen Ebenen“, begrüßte die Präsidentin des Landtages die Teilnehmenden.

Am 30. November sprach Landtagspräsidentin Birgit Hesse mit Nikolaus Voss, dem Antisemitismusbeauftragten des Landes MV, über die Zukunft der Gedenkarbeit. Es gibt immer weniger Zeitzeugen, die ihre Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus vor allem mit jungen Leuten teilen können. Es gilt also, neue Formate zu finden und zu etablieren. Mit Nikolaus Voss verbindet Birgit Hesse eine enge Zusammenarbeit während ihrer Zeit als Sozialministerin. Damals ging es insbesondere um Krankenhäuser, Jobcenter und Kitas.

Fotos: Landtag MV





Mitglieder des Finanzausschusses und Vertreter der Schlösserverwaltung, der Staatlichen Bau- und Liegenschaftsverwaltung Schwerin, des Wissenschafts- und Kulturministeriums sowie des Finanzministeriums vor dem Schloss Ludwigslust

## Vor-Ort-Termin

Finanzausschuss im Finanzamt Schwerin und im Schloss Ludwigslust

■ Der Finanzausschuss des Landtages hat am 18. Oktober 2022 seine ersten zwei Informationsbesuche in der 8. Wahlperiode durchgeführt und war zunächst im Finanzamt Schwerin und anschließend im Schloss Ludwigslust zu Gast.

Die Mitglieder des Finanzausschusses der 8. Wahlperiode setzen damit die seit inzwischen mehreren Wahlperioden stattfindenden Informationsbesuche fort. Im Rahmen dieser Vor-Ort-Termine besichtigt der Finanzausschuss im Laufe einer Wahlperiode verschiedenste Einrichtungen und Institutionen in MV, die mittelbar oder unmittelbar aus dem Landeshaushalt finanziert oder zumindest finanziell unterstützt werden, um sich einen eigenen Eindruck von der Mittelverwendung, der geleisteten Arbeit sowie den ggf. noch bestehenden Bedarfen und Herausforderungen zu machen.

Im Finanzamt Schwerin informierten sich die Ausschussmitglieder über die aktuelle Personalsituation, die Herausforderungen bei der Nachwuchsgewinnung und die aktuellen Gegebenheiten



Finanzausschuss berät mit Vertretern des Finanzamtes Schwerin und des Finanzministeriums

bei der Umsetzung der Grundsteuerreform. In Bezug auf die Nachwuchsgewinnung wurde seitens des Vertreters des Finanzamtes dargelegt, was man bereits unternehme, um auch in Zeiten des Fachkräftemangels neues Personal beziehungsweise neue Auszubildende zu gewinnen. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die damalige Werbekampagne „Ich mache jetzt in Geld.“ der Landesregierung verwiesen, die für viel Aufmerksamkeit gesorgt und damit auf die beruflichen Perspektiven in der Finanzverwaltung aufmerksam gemacht hatte. In dem Jahr dieser Werbekampagne habe man letztlich auch die größten Bewerberzahlen verzeichnen können.

Hinsichtlich der Umsetzung der Grundsteuerreform wurde den Ausschussmitgliedern berichtet, dass von den circa 27.000 bisher im Finanzamt Schwerin eingereichten Grundsteuererklärungen lediglich etwa 3.500 in Papierform eingereicht worden seien. Aus Sicht des Finanzamtes sei ein möglichst hoher Anteil an elektronisch übermittelten Erklärungen wünschenswert, da diese eine bessere Qualität aufweisen würden. Das System zeigt den Bürgerinnen und Bürgern am Ende immer noch an, ob ihre Erklärung ggf. noch einen Fehler oder eine Unstimmigkeit aufweist, welche dann noch vor der elektronischen Versendung ausgebessert werden kann. Hingegen müssen die in Papierform eingereichten Erklärungen zunächst einge-



Mitglieder des Finanzausschusses und Vertreter des Finanzamtes sowie des Finanzministeriums vor dem Finanzamt Schwerin

## Enquete-Kommission

# „Jung sein in MV“

Anhörung zum ersten Themencluster „Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“

Die Besuchertribüne des Plenarsaals war mit jungen Menschen gefüllt, als die Mitglieder der Enquete-Kommission am 4. November 2022 zu ihrer 5. Sitzung zusammentraten. Im Rahmen eines erweiterten Besuchsprogrammes verfolgten Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Klasse der Universitas Rostock die Arbeit der Kommission. Und nicht nur das!

Wie es sich anfühlt, in Mecklenburg-Vorpommern aufzuwachsen, das haben die Schülerinnen und Schüler den Mitgliedern der Kommission in einem kurzen Statement mitgeteilt.

Fazit: MV ist ein tolles Bundesland zum „Jung sein“, in dem es beispielsweise in Bezug auf lange Schulwege, den Ausbau des ÖPNV, fehlende Freizeitmöglichkeiten und Jugendeinrichtungen, Ausstattung mit Lehrkräften an Schulen sowie den Ausbau und die Pflege des Radwegenetzes durchaus Handlungsbedarf gebe. Bei einigen Wünschen, wie beispielsweise der Filialeröffnung einer bekannten, internationalen Kaffee-Kette, wird die Enquete-Kommission allerdings keinen Einfluss nehmen können.

„Wir wollen Empfehlungen geben, wie Politik die Lebensperspektiven junger Menschen im Land verbessern kann. Ihre unmittelbare Beteiligung spielt dabei eine sehr wichtige Rolle. Nur wer eine Stimme hat, die gehört wird, kann sagen, wo der Schuh drückt und ernsthaft #mitmischen. Dies konnten wir in unserer heutigen Sitzung hautnah erleben. Eine wichtige und tolle Erfahrung sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch die Mitglieder der Kommission“, stellt der Vorsitzende Christian Winter fest.

Die genannten Punkte deckten sich größtenteils mit den Themen, die die



Mitglieder des Finanzausschusses erhalten einen informativen Vortrag zum geplanten Konzept zur Repräsentation der Räumlichkeiten im Marmorsaal des Schlosses Ludwigslust

scannt und dann aufwendig geprüft und anschließend ggf. Nachfragen zu etwaigen Unstimmigkeiten oder gar fehlenden Angaben an die Einreicher gerichtet werden. Des Weiteren hat der Vertreter des Finanzamtes auch über die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den seitens des Landes eingerichteten Informations-Hotlines zur Grundsteuerreform informiert.

In einem zweiten Termin waren die Ausschussmitglieder im Schloss Ludwigslust, um sich über das aktuelle Konzept und mögliche Ideen der Präsentation des Schlosses sowie die laufenden und noch geplanten Baumaßnahmen und Investitionsbedarfe zu informieren.

Hier wurden die Ausschussmitglieder zunächst über das für den Westflügel geplante Konzept informiert. Aktuell sind hier noch vielschichtige Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen im Gange. Hingegen kann der Ostflügel, in dem hochwertige Kunstwerke ausgestellt sind, schon besucht werden. Im

Westflügel soll den Besuchern künftig auch das damalige Leben der Bewohner im Schloss nahegebracht werden. Während im 1. und 2. Obergeschoss künftig das Leben der Frauen am Hofe erläutert und vermittelt werden soll, wird es im Erdgeschoss eine Entdeckungstour für Kinder und Erwachsene zur Schlossgeschichte geben. Im Anschluss an den sehr informativen Vortrag wurden die Ausschussmitglieder noch über die Baustellen im Westflügel geführt, um sich dort einen eigenen Eindruck von den beachtlichen Fortschritten der Arbeiten machen zu können.

Der Vertreter der Staatlichen Bau- und Liegenschaftsverwaltung (SBL Schwerin) hat die Mitglieder des Finanzausschusses zudem über die Zahlen der bisherigen Investitionen und des Bauunterhalts sowie die aktuellen und noch bis Ende 2024 laufenden Maßnahmen informiert. Neben Landes- und Bundesmitteln werden hier zum größten Teil EU-Mittel – mithin Mittel aus dem ELER – verwendet.



Foto: Landtag MV

Mitglieder der Enquete-Kommission "Jung sein in MV"

Enquete-Kommission in den kommenden Jahren untersuchen will. Haupttagungspunkt der Sitzung war die erste Anhörung von acht Sachverständigen zum Themenfeld „Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“.

Die Mitglieder der Kommission beschäftigten sich insbesondere mit der Frage, welche Formate und Rahmenbedingungen Kinder und Jugendliche brauchen, um sich barrierefrei und engagiert beteiligen zu können.

Die Sachverständigen betonten, dass Beteiligung junger Menschen sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene kein Selbstzweck sei. Sowohl für Kinder, Jugendliche als auch Erwachsene bringe Beteiligung viele Vorteile. Wichtig sei der politische Wille zur Umsetzung einer ernsthaften und aufrichtigen Beteiligung. Hierfür gebe es gute Beispiele im Land, die ausgebaut und verstetigt werden sollten. Zu oft hätten diese aber einen Projektcharakter und seien zeitlich befristet. Für eine langfristige, landesweite und flächendeckende Beteiligung junger Menschen sei es notwendig, bestehende Netzwerke und Initiativen finanziell und personell adäquat auszustatten. Kinder, selbst im Krippenalter, Jugendliche und junge Erwachsene hätten den Wunsch und die Kompetenz, sich in demokratischen Beteiligungsprozessen einzubringen. Professionelle Begleitung und Rahmenbedingungen seien Grundvoraussetzung hierfür.

In der 6. Sitzung, die ebenfalls am 4. November 2022 stattfand, informierte Tim Stegemann vom Deutschen Kinderhilfswerk die Kommissionsmitglieder anhand einer bundesweiten Vergleichsstudie zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in MV. Nach dem aktuellen Kinderrechte-Index liege das Land in Sachen Beteiligung junger Menschen weit vorne, beim Lebensstandard und bei der Bildung im Mittelfeld und müsse bei Gesundheit und Freizeit noch aufholen.

Die Mitglieder der Enquete-Kommission werden die zahlreichen Informationen und Hinweise der Sachverständigen zur Beteiligung junger Menschen in ihre Arbeit einfließen lassen, um „Jung sein in MV“ zukünftig noch attraktiver und selbstbestimmter zu gestalten.

## Hort ab 2026

Gemeinsames Expertengespräch zur Hortplatzversorgung in MV

**Der Bildungs- und der Innenausschuss haben unter der Federführung des Bildungsausschusses am 3. November 2022 ein gemeinsames Expertengespräch zum Thema „Hortplatzversorgung in MV – heute und mit Blick auf den Rechtsanspruch 2026“ durchgeführt.**

Nach dem Ganztagsförderungsgesetz soll der Anspruch auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder ab dem Jahr 2026 stufenweise eingeführt werden. Die Bereichsleiterin der Geschäftsführung des Instituts Leben und Lernen e.V., die Geschäftsführerin der Kita gGmbH, der stellvertretende Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim, die Leiterin der Kita „Micky Maus“, der Geschäftsführer des Verbands der Kleinen und Mittelgroßen Kitaträger e.V. sowie eine Vertreterin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Mecklenburg-Vorpommern e. V. sind der Einladung zum Expertengespräch gefolgt und haben zum Thema berichtet. Die Expert/innen begrüßten, dass das Thema so frühzeitig beraten werde und betonten, dass es wichtig sei, jetzt die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, da von einem höheren Bedarf ausgegangen werde, wenn der Rechtsanspruch bestehe.

Unmittelbar im Anschluss an die gemeinsame Sitzung hat der Bildungsausschuss in seiner 25. Sitzung eine mitberatende Stellungnahme zur Unterrichtung durch den Landesrechnungshof „Sonderbericht MV-Schutzfonds“ auf Drs. 8/1134 erarbeitet. Außerdem hat das Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung zum Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2022 der Bertelsmann Stiftung berichtet.





Fotos: Uwe Sinnecker

Mit einer Schweigeminute gedachten die Abgeordneten und Gäste der Veranstaltung der Opfer der Pogrome sowie der vielschichtigen Ereignisse des 9. Novembers.

## Gedenken

9. November steht für dunkelste und strahlendste Momente der Geschichte

■ Am 9. November 2022 erinnerte der Landtag MV im Rahmen einer Gedenkstunde vor Beginn der parlamentarischen Beratungen an Ereignisse, die historisch mit dem 9. November verbunden sind. Das Gedenken galt der Revolution 1918, den Pogromen 1938 und dem Mauerfall 1989. Zu den Abgeordneten und Gästen sprachen ebenfalls Kristina Herbst, Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein, sowie Landesrabbiner Yuriy Kadnykov.

„Demokratie ist kein Selbstzweck und kein Selbstverständnis, sondern eine Freiheit für die wir immer wieder einstehen müssen!“, sagte Birgit Hesse, Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, mit Bezug auf die Revolution von 1918 und damit die Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland. Gleichzeitig betonte sie: „Der 9. November ist ohne jeden Zweifel ein komplexer und vielschichtiger Erinnerungstag und ein ambivalenter Gedenktag, der die dunkelsten und strahlendsten Momente der deutschen Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts auf sich vereint“. Besonderes Gedenken galt vor allem den Opfern der nationalsozialistischen Pogrome von 1938. „Auf die Pogrome im November des Jahres 1938 folgten Verbrechen undenkbarer Ausmaßes. Die Entmenschlichung wehrlo-

ser Opfer und die perfide Perfektionierung von Massentötungen waren und sind in der Geschichte beispiellos“, so die Landtagspräsidentin.

51 Jahre später bekehrten die Menschen in der ehemaligen DDR auf gegen eine Diktatur und für Meinungs- und Pressefreiheit. Unter dem gewaltigen Druck der Demonstrationen einerseits und der nicht nachlassenden Ausreisewelle andererseits verkündete Günter Schabowski am 9. November 1989 in einem „historischen Versehen“: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen, Reiseanlässen und Verwandtschaftsverhältnissen beantragt werden, die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“ Ein Jahr später ist Deutschland wieder vereint.





Landtagspräsidentin Birgit Hesse eröffnet die Gedenkfeier



Schülerinnen und Schüler verfolgten die Gedenkfeier von der Besuchertribüne aus.



Die Musik von Elias Schödel und Maria Gvozdetskaya berührte die Gäste



Elias Schödel und Maria Gvozdetskaya umrahmen die Veranstaltung musikalisch.



(v.l.n.e.) Kristina Herbst, Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein, Landesrabbiner Yuriy Kadnykov, Birgit Hesse, Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

So gegensätzlich die Anlässe zum Gedenken am 9. November auch sind, Landtagspräsidentin Birgit Hesse betonte: „Unumstößlicher Fakt ist, dass sowohl die Erinnerung an die Pogrome 1938 als auch die Erinnerung an die Friedliche Revolution und den Fall der

Mauer wichtige Teile unserer Gedenkkultur sein müssen.“

Landesrabbiner Yuriy Kadnykov betonte in seiner Rede, dass es nicht auf Ankündigungen, sondern auf Taten ankomme. Streit gehöre zu einer offenen Demokratie, doch müsse dieser friedlich ausgetragen werden. „Unsere Gelehrten haben alle Gefechte mit Worten ausgetragen, damit die Kanonen schweigen“, sagte er.

Kristina Herbst, Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein, betonte in ihrer Rede die große Nähe zwischen den Nachbarländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Aus einer anfänglichen Partnerschaft sei mitt-

lerweile eine langjährige Partnerschaft der Parlamente geworden.

Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung bekannten sich die Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem gemeinsamen Antrag „zur historischen und politischen Verantwortung für die deutsche Geschichte im Nationalsozialismus“. Redner der Fraktionen betonten, dass zu den Lehren gehöre, sich frühzeitig und entschieden Hass und Ausgrenzung entgegenzustellen. Aufklärungs- und Bildungsarbeit seien dabei wichtig. Die Bekämpfung des Antisemitismus in all seinen aktuellen Erscheinungsformen sei eine fortwährende Aufgabe, der sich die gesamte Gesellschaft stellen müsse, heißt es in dem Antrag.

Der Antrag (Ds. 8/1495) wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen angenommen. Die AfD enthielt sich.



Mehr als 50 Jugendliche und junge Erwachsene nahmen an dem Beteiligungsprojekt "Jugend im Landtag" teil.

## Jugend im Landtag

Mehrtägiges Beteiligungsprojekt im Schweriner Schloss

■ Vom 25. bis zum 27. Oktober fand im Schweriner Schloss das Beteiligungsprojekt „Jugend im Landtag“ unter dem Motto: „JIL2022 – Wir sind wieder da!“ statt. Zwei Jahre lang war die Veranstaltung pandemiebedingt auf Eis gelegt.

Gemeinsam mit dem Landesjugendring MV und dem Beteiligungsnetzwerk MV führte der Landtag das Beteiligungsprojekt in diesem Jahr zum 12. Mal durch. Abgeordnete aller Fraktionen nutzten die Chance, mit Jugendlichen in Gespräch zu kommen.

Nachdem Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Sozialministerin Stefanie Drese in ihrer Begrüßung die Besonderheit und den Wert der Veranstaltung herausstellten, eröffnete ein erster Austausch



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Sozialministerin Stefanie Drese eröffneten die Veranstaltung.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

im Plenarsaal den Dialog der Jugendlichen aus ganz MV mit den Abgeordneten.

In den drei anschließenden Tagen besprachen gut 50 Jugendliche und junge Erwachsene ihre Themen im Rahmen von Workshops mit den Abgeordneten. Themen waren unter anderem: Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV), die Digitalisierung



Fotos: Uwe Sinnecker



Die Abgeordneten Sebastian Ehlers (Mi., CDU) und Katy Hoffmeister (re., CDU) teilen sich den Tisch mit einem Teilnehmer von "Jugend im Landtag".



Die Abgeordnete Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE) während der Auftaktveranstaltung



Die Abgeordnete Petra Federau (AfD) im Gespräch mit Jugendlichen

lisierung an Schulen, das Jugendmitwirkungsgesetz und die Gestaltung des öffentlichen Raums und der Orte für Jugendliche in Tourismuszentren.

Eine kleine Landtagsrallye in Form eines sogenannten „Actionbound“ half den Jugendlichen bei der Orientierung im Schweriner Schloss. Dabei konnten die Teilnehmenden selbstständig alles herausfinden, was es über den Sitz des Landtages MV zu wissen gibt. Bei einem Speeddating am folgenden Tag konnten die Jugendlichen die Abgeordneten näher kennenlernen. Am letzten Tag wurden die Ergebnisse der Workshops in einem Abschlussdialog präsentiert.

Hier diskutierten die Jugendlichen mit den Abgeordneten, um sie für ihre Ideen zu gewinnen. Rückblickend waren die drei Tage sowohl für die Teilnehmenden, als auch für die Abgeordneten eine bereichernde und lehrreiche Zeit, in der man sich erfolgreich über Interessen und Bedarfe austauschte. Vor allem das erstmalige gemeinsame Arbeiten von Abgeordneten und Jugendlichen in den Workshops wurde von beiden Seiten als eine sehr positive Neuerung im Veranstaltungsablauf gewertet.



Beim Speeddating wurden erste Kontakte geknüpft.



Der Abgeordnete René Domke (Mitte) fotografiert das Geschehen.



Der Abgeordnete Daniel Peters (CDU)



Die Abgeordneten Dagmar Kaselitz (li. SPD), Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Christian Winter (SPD) unterhielten sich angeregt.



Die Abgeordneten Nadine Julitz (SPD) und Christine Klinghohr (SPD)



In mehreren Workshops wurden Themen wie das Jugendmitwirkungsgesetz besprochen.

Foto: Jugend im Landtag

Foto: Jugend im Landtag





Gemeinsames Gedenken auf dem Alten Friedhof Schwerin

## Volkstrauertag

Landtagspräsidentin Birgit Hesse betonte den Wert des gemeinsamen Erinnerns

Im Plenarsaal des Landtages MV ist am 13. November 2022 mit einer Gedenkstunde der Volkstrauertag begangen worden. „100 Jahre nach der ersten Gedenkstunde für die gefallenen Soldaten des Weltkrieges im Reichstag, stehen wir hier im Plenarsaal – der Herzkammer der Demokratie unseres Bundeslandes – gedenken der Toten vergangener Kriege und erinnern zugleich an das Leid, das aktuelle Kriege hervorrufen. Dass es weiterhin militärische Konflikte auf dieser Welt gibt ist nur schwer zu ertragen. Lassen Sie uns nicht aufhören zu hoffen, dass es irgendwann einmal keine Kriege mehr gibt! Jeder Mensch hat es verdient, in Frieden zu leben“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Wichtig sei es deshalb, jungen Menschen

den Wert des gemeinsamen Erinnerns und des Versöhnens nahezubringen, so die Präsidentin. Neben Abgeordneten, Mitgliedern der Landesregierung sowie Vertreterinnen und Vertretern der Landespolizei, der Bundeswehr und weiterer Institutionen nahmen Mitglieder des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge an der Gedenkstunde teil.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse mahnte in ihrer Rede weiter: „Neben der stillen Trauer und der Erinnerung an die Auswirkungen von Krieg und Gewalt mahnt uns der Volkstrauertag stets auch zu Versöhnung, Verständigung und Frieden. Es ist immens wichtig, den Frieden zu schätzen und alles daran zu setzen, ihn zu bewahren. Dem dient



Fotos: Uwe Sinnecker

Landtagspräsidentin Birgit Hesse

meiner festen Überzeugung nach auch das Gedenken am heutigen Tag. Indem wir der Opfer kriegerischer Gewalt gedenken, sie niemals vergessen und uns immer wieder vor Augen führen, dass Krieg zu nichts anderem als unendlichem Leid führt, setzen wir uns für den Frieden ein. Wir können und müssen aus solchen Schreckensereignissen Konsequenzen für die Zukunft ziehen. Das mahnen uns die Toten, die wir heute betrauern.

Damit es ein Leben in Frieden geben kann, müssen wir junge Menschen sensibilisieren. Auch dem dient unser heutiges Gedenken. Der Volkstrauertag ist wichtiges Symbol und Ritual im besten aller Sinne, um jungen Menschen den





Angela Salden, Mitglied im Jugendarbeitskreis des Volksbundes Mecklenburg-Vorpommern



Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier (SPD) gemeinsam mit dem Abgeordneten und Stadtpräsidenten Sebastian Ehlers (CDU)

Wert des gemeinsamen Erinnerens und des Versöhnens nahezubringen.

Lassen Sie uns alle gemeinsam gegen das Vergessen ankämpfen und überall dort, wo wir auf diesem Erdball helfen können, Gewalt zu beenden, ein friedvolles Zusammenleben zu fördern und Not zu lindern, es auch tun.“

Nach Landtagspräsidentin Birgit Hesse sprachen Sebastian Ehlers (Stadtpräsident Schwerin) Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Angela Salden (Jugendarbeitskreis Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge MV) und Dr. Norbert Nagler (Kommissariat der Erzbischöfe in MV), zu den geladenen Gästen. Das Totengedenken, an das sich eine Gedenkminute anschloss, sprach der Vorsitzende des Kreisverbandes Schwerin des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Stefan Nolte.

Das Holzbläser-Quintett des Landespolizeiorchesters Mecklenburg-Vorpommern umrahmte die Gedenkstunde musikalisch.



Die Abgeordneten Constanze Oehrich und Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Bildungsministerin Simone Oldenburg und Abgeordneter Henning Foerster (re. DIE LINKE)



Abgeordneter Julian Barlen (SPD)



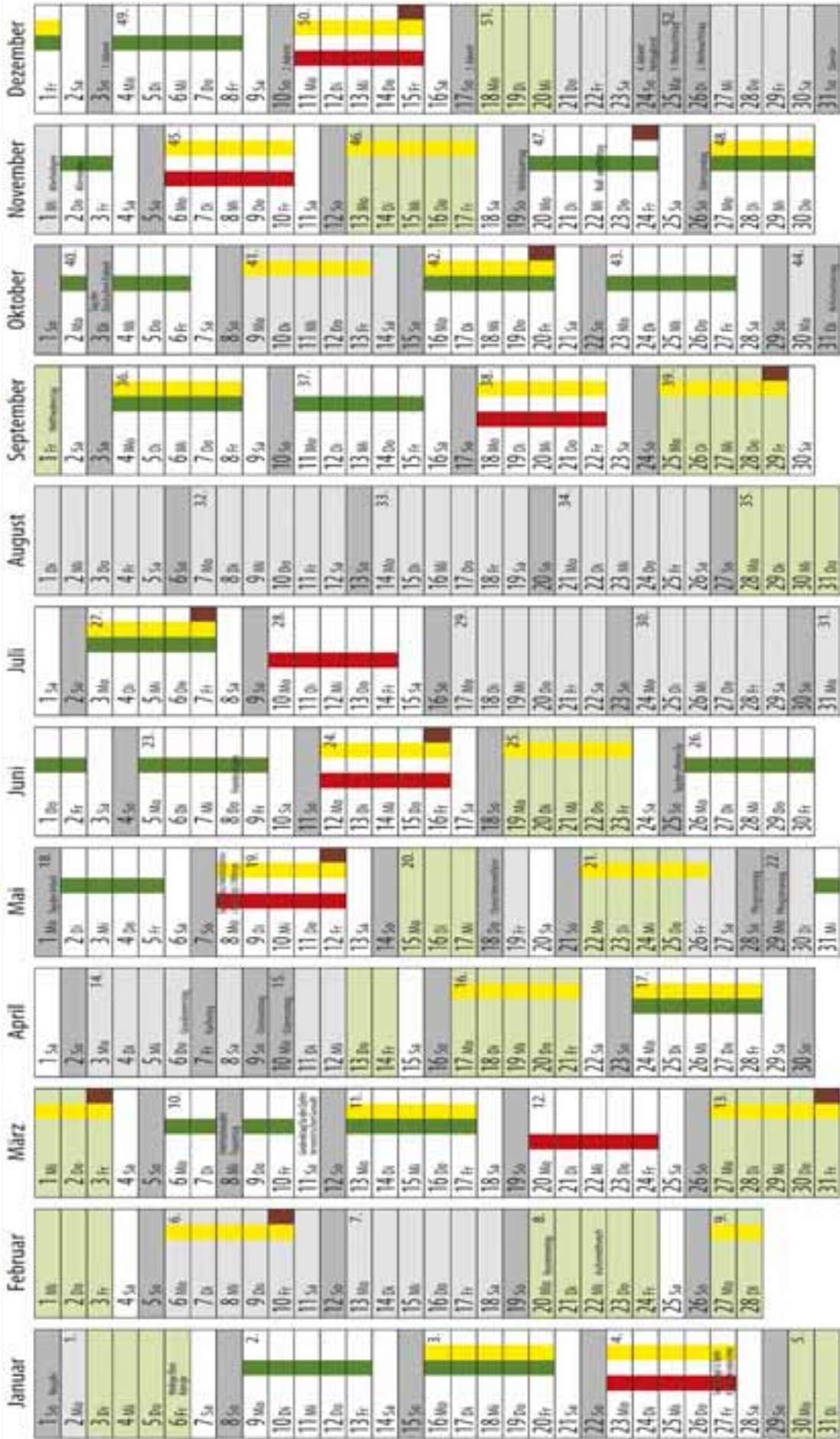
Abgeordnete Christiane Berg (CDU) und René Domke (FDP)



Abgeordnete Petra Federau (AfD) und Martin Schmidt (AfD)



# Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2023



■ Sitzungstagen Landtag  
■ Sitzungstagen Landtag  
■ Sitzungstagen Landtag  
■ Sitzungstagen Landtag  
■ Sitzungen der Fraktionen, die Wahlversammlungen und Sonderitzungen der Ausschüsse  
■ Sitzungen des Landtages  
■ Sitzungstagen Landtag  
■ Sitzungstagen Landtag  
■ Sitzungstagen Landtag  
■ Sitzungstagen Landtag  
■ Sitzungstagen Landtag

Stand: 18. Mai 2022

Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwefin  
 Telefon: 0385/515-0, Telefax: 0385/5251121  
 E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de

LANDTAG  
 Mecklenburg-Vorpommern



*Der Landtag MV wünscht Ihnen  
ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start  
in das Neue Jahr 2023.*

Foto: Landtag MV



Mit „Singen wir im Schein der Kerzen“ haben die Kinder der Schweriner Kita „Bärenkinder“ auch klanglich am 30. November die Schlosskirche erhellt. Das Lied passte wunderbar zum Anlass: Der Wichernkranz ist für die Zeit bis Weihnachten wieder ins Schloss eingezogen, überbracht von Landespastor Paul Philipps für die Diakonie MV. Dieser besondere Adventskranz erinnert an den Ursprung der Kränze, wie wir sie heute kennen. 1839 hatte der Erzieher Johann Hinrich Wichern einen Kranz mit 24 Kerzen für die von ihm betreuten Kinder gebaut – mit vier großen Kerzen für die Adventssonntage und kleinen Kerzen für die Wochentage dazwischen. Die Kinder wussten so, wie lange es noch hin ist bis Weihnachten. Ein Kranz voller Vorfriede.